

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Westseite oder deren Raum 70 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 241.

Mittwoch, den 15. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Blockade.

Von Dr. Werner Peiser.

Wenn zwei Menschen unfreundliche Auseinandersetzungen miteinander haben und der eine von beiden diese Auseinandersetzungen dadurch zu beendigen sucht, daß er dem andern erklärt, falls er nicht seine Wünsche erfüllt, werde er ihm sofort die Nahrung abschneiden und ihm die Freiheit nehmen, so pflegt man dies im bürgerlichen Rechtsleben als Erpressung, bzw. Freiheitsberaubung zu bezeichnen. Die Feststellung der Strafe ist dann Sache des Gerichts, die Strafvollstreckung Sache der vollziehenden Behörden.

Wenn zwei oder mehrere Völker miteinander Streitigkeiten haben, so findet die Auseinandersetzung zwischen ihnen in anderer Form statt. Zunächst tauschen sie Noten miteinander aus, und wenn dieser Akt vorüber ist, pflegen Umlassungen zwischen ihnen zu erfolgen, die den Charakter der Drohung annehmen, indem der eine Staat oder die Mehrheit der mit einander verbündeten Staaten Zwangsmaßnahmen über den Gegner verhängen. Man sperrt ihn von der Lebensmittelfuhr ab, man sucht ihm die Möglichkeit wirtschaftlicher Entwicklung zu nehmen, kurz, man tut alles, um ihn möglichst müde zu machen und zur Erfüllung der gegnerischen Wünsche zu zwingen. Soweit liegt mit dem eingangs geschilderten Vorgang aus dem täglichen Leben vollkommene Parallellität vor. Nur sind die Namen, die man dem Vorgang gibt, etwas andere, als im gewöhnlichen Rechtsleben. Man nennt nämlich ein derartiges Vorgehen nicht Erpressung und nicht Freiheitsberaubung, sondern man spricht von „berechtigten Maßnahmen zur Erreichung berechtigter Forderungen“, von „unumgänglichen Zwangsmaßnahmen“ und gibt dem ganzen Vorgang die schöne Ueberschrift „Blockade“.

Worte sind — wie man oft mit Recht gesagt hat — dazu da, die Gedanken zu verhüllen. Die Richtigkeit dieses Ausspruchs zeigt gerade der Vorgang der Blockade außerordentlich gut. Im Grunde genommen stellt sie sich nämlich als eine Repressalie dar, die nicht dem eigentlichen verantwortlichen Teil, sondern die Gesamtzahl der unschuldischen Bevölkerung trifft. Betrachten wir nun den gegenwärtig in Europa vorliegenden Fall von Blockade, so müssen wir mit jener durch die wiederholte Erfahrung gemilderten Wehmut feststellen, daß wir, die Bewohner der deutschen Republik, wieder einmal die Leidtragenden sind. Die Vorgänge sind allzu bekannt, um hier in ihrer ausführlichen Breite nochmals dargestellt zu werden. Im Baltikum befinden sich Truppen unter dem Oberbefehl des Generals von der Goltz, die sich trotz wiederholter Anforderungen seitens der deutschen Regierung bisher geweigert haben, den Befehlen der Regierung gemäß den Rückmarsch in die Heimat anzutreten. Die deutsche Regierung sah sich hierauf zur Ergreifung schärferer Maßnahmen gezwungen und drohte den Gehorsam verweigernden Truppen Sperrung der Lebensmittelfuhr und der Löhnung an. Bei den sich widersprechenden und häufig unklaren Mitteilungen aus Rußland ist das Ergebnis dieser Drohungen der deutschen Regierung nicht ganz ersichtlich. Eine amtliche, durch „W. L. B.“ verbreitete Nachricht, besagte zwar vor mehreren Tagen, daß größere Transporte auf Grund des Befehls der Regierung bereits im Abmarsch begriffen seien, in den letzten Tagen aber hat man leider nichts mehr derartiges gehört, vielmehr wurden Meldungen von weiteren kriegerischen Bewegungen zwischen Letten, Deutschen, Weißrussen und Bolschewisten berichtet, Mitteilungen, die nicht gerade geeignet waren, die überaus verworrene Sachlage zu klären.

Mitten in diesen katastrophalen Lauf der Ereignisse, der wahrlich der deutschen Regierung Sorge genug bereitet, plachte eine Drohnote von Joch herein, die auf den freundlichen Verkehrston gestimmt war, dessen man sich bei den wiederholten Unterredungen mit den deutschen Barbaren zu bedienen gewöhnt hat. Die deutsche Regierung verzichtete darauf ihre Maßnahmen den Goltz-Truppen gegenüber. Jedoch ohne das Ergebnis dieser erneuten Vorsetzungen abzuwarten, sendet der große Schulmeister Europas, Joch, eine neue Note, in der die angedrohte Peitsche mit kräftigen Schlägen auf den Rücken der Deutschen herniederfaßt.

Soweit man in der heutigen, immer noch reichlich erregten Zeit innere Sammlung und Ruhe zu theoretischem Denken sich bewahrt hat, kann man sinnige Betrachtungen über die logische und rechtliche Gültigkeit dieser Note anstellen, von moralischen Erwägungen ganz zu schweigen. Da ergibt sich folgendes Ergebnis zur Bestätigung der oben aufgestellten Behauptung: Die Blockade trifft — so hatten wir eingangs festgestellt — garnicht den eigentlich Schuldigen, sondern immer die anderen. Wenn man nun überhaupt in diesem Falle von Schuldigen sprechen will, so sind es lediglich die widerspenstigen Goltz-Truppen, wengleich man auch bei ihnen unter Berücksichtigung des allgemeinen Lohwahohu in Rußland eigentlich nur von Fregeführten sprechen sollte. Auch derjenige, welcher der deutschen Regierung mit größter Kritik, ja mit Abneigung gegenübersteht, mag er auf der rechten oder der linken Seite des Parlaments seine Vertreter finden, muß und wird zugeben, daß das Verhalten der deutschen Regierung in der Rußland-Angelegenheit ein korrektes gewesen ist. Daß man da von einer Schuld des deutschen Volkes nicht sprechen kann, dürfte selbst der ver-

blendete Deutsche in der Ententelager zugeben. Die Wirkungen der Blockade, falls sie zu voller Ausführung kommen werden, dürften nun die sein, daß den Baltikumtruppen durch die Maßnahmen Jochs der geringste Schaden zugefügt wird. Wesentlich größer schon sind die Nachteile für die deutsche Regierung, deren Autorität naturgemäß schwer erschüttert werden muß, eine Autorität, die sie bei ihrer ständigen Zwangsabwehr gegen Angriffe von rechts und von links dringend wahren muß, worin sie eigentlich von einseitigen Ententeführern unterstützt werden sollte. Der leidtragende Teil wird wieder einmal das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, insbesondere das deutsche Proletariat sein. Es war ja schon während des Krieges eine alltägliche Erscheinung, daß nicht der Angehörige der besitzenden Klasse am heftigsten durch die Blockade getroffen wurde, sondern die breiten nichtbesitzenden Volksmassen. Wengleich sich durch die November-Revolution die Besitzverhältnisse im deutschen Volke einigermaßen verändert haben, so ist doch die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht eine derartige, daß heute die Lasten gleichmäßig auf aller Schultern verteilt würden. Vielmehr wird auch heute das Proletariat am schwersten unter der erneuten Blockade zu leiden haben.

Das sollte den Illusionspolitikern in Deutschland, die noch immer alles Heil von der Entente erwarten und nicht genug tun können, um Deutschlands Ansehen vor dem Ausland möglichst herabzusetzen, einigermaßen zu denken geben, insbesondere, wenn diese Politiker sich im sozialistischen Lager aufhalten. Diese Zeiten sollen nicht der Politik dienen und doch muß gesagt werden, daß es eine in dieser Größe wohl nicht oft vorgekommene Schamlosigkeit des „unabhängigen“ Abgeordneten Henke war, als er in der Nationalversammlung mit Stolz erklärte, er weise die Entente beehrt auf Mißstände in Deutschland hin. Gerade im Interesse der breiten Volksmassen sollten wir alles tun, um unsere Angelegenheiten selbst zu regeln, denn die wiederholt gemachten Erfahrungen dürften jedem einigermaßen gesulten Politiker bewiesen haben, daß wir von den Ententeführern nichts Gutes und von den Ententepolitikern keine Unterstützung zu gewärtigen haben, ob aus Schwäche oder aus Bösartigkeit, sei dahingestellt. Deshalb wird es auch jetzt wieder kommen, wie während des Krieges. Bei schwachen Protesten seitens der Völker der Entente wird das deutsche Volk, das sich noch längst nicht von den letzten 5 Jahren erholt hat, erneut den Hungerriemen ein Stückchen enger ziehen müssen in der Erkenntnis, daß es noch immer durch ein Weltgericht nicht vor Erpressungen und Freiheitsberaubung geschützt ist. Den Ententepolitikern — und das ist der Hauptunterschied von jenem eingangs bezeichneten Vorgang — wird sobald kein Richter eine Vorlesung über ihr begangenes Unrecht halten oder sie gar unter Anklage wegen Freiheitsberaubung und Erpressung, hervorgerufen durch Chauvinismus, Imperialismus und Kapitalismus, stellen. Und damit müssen wir uns allmählich abfinden!

Deutsche Nationalversammlung.

Der Kampf um die Zwangswirtschaft.

Die Nationalversammlung erledigte am Dienstag zunächst die üblichen Kleinen Anfragen. Sehr lustig war die Antwort auf die Frage des „Unabhängigen“ Wurm, warum das von der Sozialisierungskommission ausgearbeitete Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben noch immer im Aktenschränk ruhe? Die bei aller Milde des Urteils ironisch gefärbte Antwort ließ deutlich erkennen, daß die gelehrten Mitglieder der Sozialisierungskommission um den Atlantikus-Professoren Ballod herum unbrauchbare Arbeit abgeliefert haben. Leider fand sich niemand im Hause, der das bekannte Wort dazwischen warf: 36 Professoren, Vaterland, Du bist verloren!

Dann setzte das Haus die Aussprache über den Leberwucher fort und stritt sich weiter unermüdet bis in den späten Abend um die Zwangswirtschaft. Das Ergebnis der Aussprache war wieder gleich null und ließ verhärtet den Wunsch aufkommen, das Plenum der Nationalversammlung mit derartigen politischen Debatten zu verschonen. Solche Aussprachen sollte man doch lieber den Sachmännern überlassen. Derartige wirtschaftliche Fragen müssen vom Reichswirtschaftsamt vorbereitet oder in einem Sachauschuß der Nationalversammlung besprochen werden. Das Plenum sollte nur kurze Erklärungen entgegennehmen und dann in einer Abstimmung sein Votum abgeben. Wozu führt die jetzige Praxis? Im Hause herrscht gähnende Leere; Wandwümer von Reden hallen gegen die Wände ohne ein Echo zu wecken.

Dienstag, 14. Oktober.

98. Sitzung.

Am Regierungstisch: Schmidt, Dr. Bell.

Kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Weyer (Soz.) zu einer Erklärung des Reichswirtschaftsamtes, wonach in Osnabrück der A- und S-Rat unberechtigterweise Gelder erhoben haben soll, erklärt ein Regierungsvertreter, daß es sich tatsächlich darum handle, da der

A- und S-Rat die Reichsbankstelle veranlaßt habe, zwei ungedeckte Schecks zu honorieren.

Auf eine Anfrage des Abg. Landsberg (Soz.), wann die Einbringung der angelegten Vorlage zu erwarten sei, wonach die Militärstrafgerichtsordnung so umgewandelt werden soll, daß von den Militärpersonen begangene Straftaten vor den bürgerlichen Richtern kommen sollen, wird mitgeteilt, daß ein entsprechender Entwurf der Regierung vorliege und nächstens der Nationalversammlung zugehen werde.

Auf eine Anfrage des Abg. Ruzm (Unabh.) nach dem Schicksal des von der Sozialisierungskommission beschlossenen Entwurfs eines Rahmengesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben wird mitgeteilt, daß der ausgearbeitete Entwurf sich nicht als geeignet erwiesen habe, der Nationalversammlung vorgelegt zu werden (Sitz, hört! bei den Unabhängigen.); der neue Entwurf habe bei der Schwierigkeit der Materie noch nicht fertiggestellt werden können.

Auf eine Beschwerde des Abg. Hebel (Z.), weil die Beschlagnahme der Glocken noch nicht aufgehoben worden sei, stellt ein Regierungsvertreter fest, daß die Beschlagnahme der Glocken tatsächlich aufgehoben sei und daß seit dem Waffenstillstand Kontingentscheine für Glockenmetall an die bearbeitende Industrie und an die Handwerker abgegeben wurden.

Darauf wird die Aussprache über die sozialdemokratische Interpellation betr. die

Preissteigerung des Leders

sowie über die Anträge über den Abbau der Zwangswirtschaft fortgesetzt.

Abg. David (Soz.): Die Herren von der Rechten haben es in Weimar durchgesetzt, daß ihren unaufrichtigen Anführern nachgegeben und die Zwangswirtschaft für Leder aufgehoben worden ist. Es ist von berufener Seite vorhergesehen worden: die Zwangswirtschaft fällt nicht wegen der Unzufriedenheit der Bevölkerung, sondern weil Kapitalisten sie unterwühlen. Die Großindustriellen haben sich gefreut, aber um die handelt es sich nicht: die mittleren und kleineren Betriebe haben jetzt schwer zu leiden. Sie haben bereits eine Entschädigung gefordert, in der sie dagegen protestieren. Den Schuhmachern fehle es an Reparaturleder. Auf der anderen Seite herrsche dagegen ungläubiger Luxus. Der Vorstand des deutschen Städtebundes hat vor dem Abbau der Zwangswirtschaft im gegenwärtigen Augenblick gewarnt. Eine ganze Anzahl von Organisationen hat die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft gefordert. Zeitungsstimmen haben von einem mißglückten Experiment gesprochen und die Regierung aufgefordert, wenigstens Richtpreise festzusetzen und eine praktische Zwangswirtschaft für die Uebergangszeit einzuführen. Der Abg. Hermann hat geäußert, derartige Debatten gehörten nicht hierher, sondern in den Reichswirtschaftsrat. Ich bin damit einverstanden, daß solche Dinge dort vorbereitet werden, aber das Parlament kann sich bei so überaus wichtigen Fragen nicht ausschalten lassen. Hinterher den Strich für die Gauner fordern, nachdem man ihnen alle Türen geöffnet hat, ist ein billiges Vergnügen. Man hat sogar gefordert, daß jetzt die schon eingeleiteten Strafverfahren aufgehoben würden. Daß die deutsche Volkswirtschaft für Volkshilfebeschaffung gegründet worden ist, ist ein Beweis dafür, daß diejenigen Herren, die sich für freie Lederbewirtschaftung eingesetzt haben, nicht in der Lage waren, dem deutschen Volke für den kommenden Winter genügend Schuhe zu garantieren. Auch die Fachpresse hat die jetzigen Zustände als unhaltbar bezeichnet. Die Lederzeitung hat die bei der ersten Berliner Hantauktion erzielten Preise als Wucherpreise bezeichnet. Mit Recht wird die Regierung darauf hingewiesen, daß bei solchen Zuständen die Zwangswirtschaft das kleinere Übel gewesen wäre. So einfach wie die Herren auf der Rechten sich den Abbau der Zwangswirtschaft denken, ist es schon deswegen nicht, weil das Spekulantentum sich nicht um die Interessen des Volkes, sondern nur um den eigenen Nutzen kümmert. Man müßte zu einem Verbrauchersozialismus gelangen, denn die Verbraucher sind zuletzt immer die Leidtragenden.

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt und sein Unterstaatssekretär Prof. Hirsch haben ein Programm aufgestellt, in dem sie bessere Ueberwachung der Preisbildung, Verschönerung der Minderbemittelten, und Bekämpfung des Sölderhandels fordern. Wenn man das vorher gesagt hätte, so hätten die Herren in Weimar vielleicht auf die Beilegung der Zwangswirtschaft verzichtet, denn wenn dieses Programm restlos erfüllt wird, so ist das meiste von dem, was in Weimar erreicht ist, illusorisch. Daß der Reichswirtschaftsminister nicht wieder zur Zwangswirtschaft zurück will, kann ich ihm nachfühlen. Ich bin im Gegensatz zu den Herren von der Rechten der Ansicht, daß die Aufhebung zu früh erfolgt ist. So lange wir eine Zwangslage haben, brauchen wir auch eine Zwangswirtschaft. Was nützen uns die Konjunkturgewinne? Sie würden den Stiefel kaum um ein Paar Pfennige verbilligen. Wo die Kredite in Gefahr kamen, ist Herr Dr. Hugo für den Zwang eingetreten, wo es sich aber um das Interesse der Arbeiter handelt, lehnt er sich über solche Kleinigkeiten hinweg. (Sitz, hört! bei den Soz.) Fehler sind dazu da, daß man aus ihnen lernt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Diez (Z.): Eine Freigabe der vom Staate bewirtschafteten Güter ist notwendig im Interesse der auf die vorhandenen Vorräte angewiesenen Bevölkerung. Dabei sind aber strengste Maßnahmen gegen Wucherer vorzuziehen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Wer heute noch nicht überzeugt ist, daß es notwendig war, während der Kriegszeit und auch jetzt noch bei dem ungünstigen Stande unserer Valuta die Zwangswirtschaft zu erhalten, dem ist nicht zu helfen. Das Aufheben der Zwangswirtschaft würde das Brot 3 Mt., das Fleisch 10 bis 12 Mt., der Liter Milch 3 Mt. kosten. Wir würden dann in allen Wirtschaftszweigen dieselben üblen Erscheinungen erhalten, wie sie gegenwärtig auf dem Gebiete der Lederwirtschaft herrschen. Ich hoffe, daß die Landwirte sich ihrer Pflicht als Deutsche und als Landwirte bewußt bleiben und alles was sie nur hergeben können, abliefern, um unser Volk zu ernähren. In der Lederindustrie ist jetzt das Wichtigste die Hebung unserer Produktion — selbst auf Kosten der Verbraucher. Augenblicklich besteht gar keine Möglichkeit zu einer Ueberwindung. Wir müssen Leder einführen, um Felle hereinzubekommen. Auch für die Textilindustrie muß Arbeit besorgt werden. Nicht ge-

hantlos Zwangswirtschaft, nicht gedankenlos Freihandel, sondern von Fall zu Fall entscheiden, was notwendig und nützlich ist, das ist mein Programm. (Beifall.)

Hg. Dr. Böhm (Dem.): Von einem Ablieferungsstreit der Landwirte ist keine Rede. Auch der preussische Landwirtschaftsminister Braun hat festgestellt, daß die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Landwirtschaft fast völlig gescheitert ist, z. B. in der Fleisch- und in der Kartoffelwirtschaft. Wenigstens hätten wir für das jetzige Jahr des Ueberganges die Befreiung der Kleinbetriebe von der Zwangswirtschaft gewünscht. Für Sechsteil des Deutschen Volkes begreifen nicht, daß die Streikbewegung nicht ganz anders angefaßt werden. Der Redner tritt für Auflösung der Moore ein.

Hg. Dr. Semmler (D.): Die deutsche Landwirtschaft muß wieder hochkommen. Die Regierung bringt der deutschen Landwirtschaft ein Interesse entgegen, daß jeder Beschäftigte (Sehr richtig! rechts.) Die deutsche Landwirtschaft will schon aber Sie (nach links), wollen nicht arbeiten. Die Regierung muß für Einfuhr künstlichen Düngers sorgen. Die Schweinegucht muß wieder gehoben werden.

Hg. Wurm (K.): Der Verteilungs- und Lieferungsanspruch stehen. Die Produktion wird sich erst heben, wenn sie von der Gesamtheit übernommen und wenn der Produktionszwang eingeholt wird, allerdings nicht mit Maschinengewehren. Durch einen Appell an die Moral ist bei der Landwirtschaft nichts zu erreichen. Ohne eine Steigerung der Produktion müssen wir verzehren. Sagen Sie (nach rechts) nicht, daß der Arbeiter nicht arbeiten will. Der ausgehungerte städtische Arbeiter kann nur nicht mehr lohnlos, wie bisher. Die Städter als Verbraucher haben den Nachteil davon, wenn in der Landwirtschaft nicht genügend gearbeitet wird. Bei der Versorgung mit Fleisch sind wir in Berlin für die laufende Woche um neunmal Hunderttausend Pfund im Rückstand. Wohin soll das führen? Wir müssen zu einer planmäßigen Bewirtschaftung in Deutschland kommen. Der einzige Weg dazu ist die Sozialisierung. Trotz erhöhter Preise wird von der Landwirtschaft nicht genügend Getreide und Vieh abgeliefert. Wo der Grundbesitz die Macht hat, den Interessen der Verbraucher entgegen zu treten, da macht er davon rücksichtslos Gebrauch. Wenn das Geld im Kalten liegt, dann liefert er wohl, aber ein Appell an die Menschlichkeit nützt bei ihm nichts. Nur die Sozialisierung der Landwirtschaft kann Deutschland retten. Den demokratischen Antrag lehnen wir ab.

Hg. W. J. (D.) verteidigt seinen Fraktionskollegen Dr. Hugo gegen die Angriffe des Hg. Davidsohn. Wir haben überhaupt keine Wirtschaft, sondern eine Miswirtschaft. Es ist eine unerhört jämmerliche Unterstellung, wenn der Hg. Wurm sagt, ein Appell an das gute Herz der Landwirtschaft hätte keinen Zweck. Eine Zwangswirtschaft und Sozialisierung der Landwirtschaft würde zum Ruin Deutschlands führen.

Nach weiteren Ausführungen der Hg. Gebhard (Bayr. Vbd.) und Schneider (Z.) wird der Antrag einstimmig nach Zurückziehung des demokratischen Antrages, in der Form angenommen, daß die Zwangswirtschaft für Getreide, Milch, Fett und Fleisch erst dann aufgehoben werden soll, wenn die Versorgung des Volkes damit gesichert ist.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Deutsch-polnischer Vertrag, Etat für den Reichspräsidenten, Postverwaltung.) Schluß 7 Uhr.

Die Ratifikation des Friedens.

Die englische Ratifikation des Friedensvertrages ist bereits in Paris eingetroffen. — Das italienische Dokument wird wahrscheinlich von Vittorio nach Paris gebracht werden. Das französische Amtsblatt meldet, daß Pomarec das Aktenstück der Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland und der anderen in Versailles am 28. Juni unterzeichneten Schriftstücke unterfertigt.

Die Londoner Arbeiter fordern Frieden mit Räte-Rußland.

Nach einer Meldung des „S. Fr.“ aus dem Haag haben die organisierten Arbeiter Londons am Sonntagabend in der Albert-Halle eine der größten Demonstrationen abgehalten, die diese Riesenhalle je gesehen hat. Der Zweck war, Frieden mit dem Räte-Rußland und die Aufhebung der Blockade zu verlangen. Tolstois Freund und Biograph Paul Birnbaum richtete in diesem Sinne einen leidenschaftlichen Appell an die britischen Arbeiter und beschwor sie, Rußland vor den verbrecherischen Entente-Regierungen zu retten.

Frankreich für Handelsbeziehungen mit Deutschland.

Hatterdam, 14. Oktober. Eine offizielle Meldung aus Paris besagt, der Polizeipräsident bereite Maßnahmen vor, um deutschen Handelsreisenden den Besuch in Frankreich und freie Bewegung in Paris zu ermöglichen, da es für notwendig gehalten wird, die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wieder aufzunehmen.

Die neue Blockade.

Die „Daily Mail“ meldet: Die englischen Hafenbehörden erlassen am Freitag Anordnung, Lebensmittelgeschiffe nach deutschen Häfen bis auf weiteres nicht mehr abzufertigen. Die bereits verpackten Schiffe dürfen bis zum 15. Oktober noch ausfahren.

Die Wirren im Baltikum.

In Ausgange der Nationalversammlung für Auswärtiges gab Dienstag der Reichsminister des Auswärtigen Aufschluß über die Lage im Baltikum und die Maßnahmen, die zur Zurückbringung der Kruppen getroffen wurden. In die Mitteilungen des Ministers knüpfte sich eine lange Auseinandersetzung, woran Abgeordnete der verschiedenen Parteien sich beteiligten.

Unter der französischen Krante in Lothringen.

Die sozialistische „Volkstribüne“, das Parteorgan der Sozialdemokratie in Metz, ist am Donnerstag durch Verfügung Müllers beschlagnahmt und verboten worden. Der Redakteur Gaston Pierra ist nach Luxemburg geflüchtet. Ebenso wurde das Metz „Freie Journal“, das hiesige Organ der sozialistischen Arbeiter, beschlagnahmt und dauernd verboten, die Druckerei vollständig besetzt und der Chefredakteur verhaftet.

„Echo de Paris“ meldet aus Metz, daß ein Generalstreik im Kohlenrevier von Lothringen auszubrechen droht. Als Grund wird die Entziehung der französischen Kolonialtruppen in den Arbeiterkolonien genannt.

Wladimir Kojanoff hingerichtet.

Ueber Stockholm kommt die erschütternde Nachricht, daß unter denjenigen russischen Sozialisten, die wegen der Moskauer Attentate von den Bolschewisten hingerichtet worden sind, sich auch Wladimir Kojanoff befindet. Als Mitglied der menschewistischen Partei gehörte er der ersten russischen Abordnung an, die im Sommer 1917 zur Internationalen Konferenz nach Stockholm kam. Er hatte lange in Deutschland gelebt und sprach auch sehr gut deutsch. Wer den hochgebildeten, lieben und feinen Menschen kennengelernt hat, der wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dewet protestiert gegen den Kolonialraub.

Das südafrikanische Blatt „Burger“ veröffentlicht ein Schreiben des Generals Dewet, in dem er leidenschaftlich gegen die Besitzergreifung Deutsch-Südwests und Deutsch-Ostafrikas durch die Union Einspruch erhebt. Dewet nennt die Eroberung dieser beiden deutschen Kolonien ungerecht und erklärt, solange sie im Besitz des südafrikanischen Volkes seien, würden sie wie eine Feuersbrunst wirken. Der Einfall in die deutschen Kolonien sei ungerechtfertigt gewesen. Dewet appelliert schließlich an das afrikanische Volk, daß Deutsch-Südwests- und Deutsch-Ostafrikas ihren rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben werden.

Der Protest ehrt Dewet. Allerdings darf man sich davon nicht viel versprechen, da Dewet ohne weitreichenden politischen Einfluß ist.

Politische Rundschau. Deutschland.

Der Staatsgerichtshof tritt zusammen.

Der Staatsgerichtshof, dessen Zusammentreten ebenso oft gewünscht wie bezweifelt wurde, wird nunmehr in Tätigkeit treten. Dienstag nachmittag fand eine Sitzung des „Parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Schuld am Kriege“ statt, in der über die Art und Weise Beschluß gefaßt wurde, wie die in kurzer Frist beginnenden Untersuchungen und Vernehmungen geführt werden sollen. Genosse Dr. Singheim erstatte Bericht über seine Prüfung der Akten des Auswärtigen Amtes.

Die kommenden Sitzungen werden von einer Unterabteilung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses geleitet und werden öffentlich stattfinden. Ihr Beginn kann noch im Laufe dieser Woche erwartet werden.

Zu den ersten Persönlichkeiten, die vernommen werden, gehören Ludenhorff, Bernstorff und Bethmann-Hollweg.

Das Vordringen des Entente-Kapitalismus auf dem deutschen Grundstückenmarkt.

Die „riedliche Durchdringung“ Deutschlands, das immer mehr zum Sammelplatz des internationalen, vornehmlich aber des Entente-Kapitalismus wird, hat in letzter Zeit Formen angenommen, an denen die deutsche Öffentlichkeit nicht länger achtlos vorbeigehen sollte. Zu den bereits bekannt gemordeten Bank- und Handelsniederlassungen der Franzosen und Engländer im besetzten Gebiet, zu den Hotel- und Grundstückenkäufen der Franzosen in Wiesbaden gesellen sich jetzt, wie die „B. W. N.“ aus besserer Quelle erfahren, weitere großzügige Grundstückenstransaktionen französischer Kapitalisten in einer armen Zahl deutscher Bäderorte. So werden aus Baden-Baden, Homburg, Wiesbaden weitere umfangreiche Grundstückenkäufe seitens der Franzosen gemeldet, welche die Gefahr nähereücken lassen, daß diese alten berühmten deutschen Heilstätten mehr und mehr in französische Hände übergehen.

Streit der Berliner städtischen Bureauhilfskräfte.

Nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats ist ein großer Teil der Berliner städtischen Bureauhilfskräfte Dienstag mittag 12 Uhr in den Zustand getreten und hat damit das unter einer längeren Kündigungsfrist stehende Dienstverhältnis dem Magistrat gegenüber gebrochen und sich gleichzeitig über den rechtsverbindlichen Schiedsspruch vom 11. Oktober, der die künftigen Vergütungen der Hilfskräfte um eine Zulage von 100 Mk. monatlich vermehrt, hinweggesetzt. Der Magistrat erklärt an sämtliche Hilfskräfte die Aufforderung, die Arbeit bis spätestens Donnerstag früh 8 Uhr wieder aufzunehmen, andernfalls sie sich als entlassenen zu betrachten haben. Der Magistrat ist gewillt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Betrieb in den Bureaus, insbesondere den lebenswichtigen Verwaltungsstellen, aufrechtzuerhalten und sich dabei auch nicht durch die Drohung von Sabotage gegen amtliches Material zurückschrecken zu lassen. Der Magistrat wird sich, wenn erforderlich, in einem Aufruf an die gesamte Bevölkerung wenden und für den Schutz der Arbeitswilligen Sorge tragen.

Das Urteil im zweiten Geiselmordprozess.

Dienstag nachmittag ist vom Volksgericht München das Urteil im zweiten Geiselmordprozess verkündet worden. Es lautet für den Hilfsarbeiter Alois Kammerhärtner wegen Mordes auf Todesstrafe, für den Kellner Luitpold Debus, den Tagelöhner Rudolf Greiner und den russischen Studenten Andreas Sirelents wegen Beihilfe zum Mord je zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ein neuer Proteststreik in Ludwigshafen.

Die „Pfeilzentrale“ meldet: Die Ermordung der 17-jährigen Katharine Arnold in Ludwigshafen durch französische Soldaten führte die Bevölkerung Ludwigshafens in neue große Erregung. Am gegen den ungläubigen Terrorismus der französischen Soldateska zu protestieren, legte Dienstag ein einseitiger Generalstreik in Ludwigshafen ein, an dem die Arbeiter und die Bürgerschaft gleichermaßen sich beteiligten. Sämtliche Geschäfte und Restaurants haben geschlossen. Die Straßenbahn stellte den Betrieb ein.

Die Folgen der Hungerblockade.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin gibt heute für das Geschäftsjahr 1918 ihren Bericht heraus, aus dem mit erschreckender Deutlichkeit hervorgeht, wie verheerend die Hungerblockade auf die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung Groß-Berlins gewirkt hat. Die Krankenkasse hatte im Berichtsjahr 1918 58 482 Krankheitsfälle männlicher Mitglieder und 161 591 weiblicher. Damit erreichte die Krankheitszahl eine Höhe wie nie zuvor. Besorgniserregend ist die Zunahme der Tuberkulose.

Kleine politische Nachrichten.

Die preussische Landesversammlung hat den Gesetzentwurf zur Schaffung einer Provinz Oberschlesien in 2. und 3. Lesung angenommen.

Aus der Bewertung mobiler Seeresgüter sind bisher 22 Milliarden Mark erzielt worden; voraussichtlich werden noch 1—2 Milliarden herausgewirtschaftet.

Die Abreise der deutschen Internierten in Frankreich soll am 10. Oktober beginnen.

Nach der „B. Z.“ wurden bei einer Hausdurchsuchung im Berliner Zentralbureau der U. S. B. D. 20 bis 30 Kisten mittleren Umfanges mit fondenreicher Milch und rationierten Milchfabrikaten gefunden. Ferner wurde festgestellt, daß auch Vorräte an Speck und Schmalz bis vor kurzem dort vorhanden gewesen sind.

Der Eisenbahnminister Dezer, der in Breslau zum Besuch einer Ausstellung eingetroffen ist, erklärte in einer Sitzung, daß an eine Aufhebung der Schnellzugsperrre für den Osten nicht gedacht werden könne, vielmehr die Gefahr bestehe, daß infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse der gesamte Personenverkehr zeitweise eingestellt werden müsse.

Schweiz.

Einberufung des Nationalrates.

Der schweizerische Bundesrat hat beschloßen, zur Verhandlung der Völkerverbände den gegenwärtigen Nationalrat auf den 10. November einzuberufen.

Vereinigte Staaten.

Die Erkrankung Wilsons.

Wie aus einem Briefe des Senators Roser hervorgeht, hat Wilson während einer Rede in Pueblo einen Schlaganfall erlitten und sich dadurch eine Lähmung der Gesichtsnerven zugezogen. Sein Zustand ist ziemlich gleichbleibend.

Die „Newe Courant“ meldet aus Washington, daß Beratungen bezüglich der Uebernahme eines Teils der Geschäfte des Präsidenten durch die Vizepräsidenten im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit einer langen Dauer der Krankheit des Präsidenten stattfanden. Die Ärzte Wilsons weigern sich, Einzelheiten über die Krankheit des Präsidenten zu veröffentlichen, und werden deshalb von der Presse heftig angegriffen, die sich deshalb für berechtigt hielt, Gerüchte über eine Geistesstörung des Präsidenten zu bringen.

Bevorstehende Beilegung des Hafenarbeiterstreiks.

Der „Newe Courant“ meldet aus Newyork, daß die Delegierten von 53 örtlichen Gewerkschaften, die 50 000 Hafenarbeiter vertreten, für eine Beendigung des Streiks gestimmt haben. Die Führer versuchen die Arbeiter dazu zu bewegen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Mittwoch, 15. Oktober.

Eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Vereinigung fand am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus statt. Der Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende den verstorbenen Genossen einen warmen Nachruf und die Versammelten ehrten ihr Andenken durch Erheben von den Sitzen. Verstorbene sind: Maria Wilde, Johann Schmidt, Adelheid Jasko, Friedrich Müller, Julius Holt, Wilhelm Lemme, Joachim Schönbohm, Karoline Puls. Die Abrechnung vom 3. Quartal zeigte eine Einnahme von 2347 Mk., der eine Ausgabe von 13 003 Mk. gegenüberstand. Der Kassenbestand stellt sich auf 10 069 Mk. Die Mitgliederzahl liegt von 10 336 auf 10 841. Sodann hielt Genosse Brehmer einen Vortrag über „Siedlungsfragen“. Redner ging davon aus, daß wir durch die Not der Zeit gezwungen wären, die Erzeugung von Lebensmitteln so zu sichern, daß alle genügend Nahrung hätten und die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland nicht nötig sei. Das sei vor großer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Um dieses Ziel zu erreichen, sei eine großzügige Siedelung durchzuführen. Diese Siedelung sei möglich, denn auf der Kopf der Bevölkerung entfielen eine Fläche Land von 5000 Quadratmeter. Wenn jede Familie ein Stückchen Land besäße, so bliebe noch genügend Land zum Anbau von Getreide und zur Viehzucht übrig. Als Mittel zur Behebung der Wohnungsnot müßten Heimplätze dienen, die auch in gesundheitlicher Hinsicht von großer Bedeutung seien. Mit den 7—8 Millionen Mark, die der Lübecker Staat als Bauzulage geleistet habe, hätte man 400 Heimplätze errichten können. Es müßte jetzt heißen: entweder Heimplätze oder Notwohnungen. Erstere seien vorzuziehen. Der Spekulation mit Grund und Boden sei ein Riegel vorzusetzen. Das Familienleben in Heimplätzen würde sich wesentlich erleichtern gestalten. Diese Aufgaben könne aber nicht die Baubehörde lösen, sondern es müßte ein Siedelungsgemein mit Anschluß an das Wohlfahrtsamt geschaffen werden. Es sei unbedenklich, die größeren Güter in der Umgebung Lübecks zu Siedelungszwecken zu enteignen, da diese Güter, besonders für die Milchversorgung weniger als die Kleinbetriebe leisteten. Die Finanzfrage sei in der Weise zu lösen, daß die Preise die Selbstkosten deckten. Für Bauten müßten unter Hinzuziehung von Künstlern andere Möglichkeiten geschaffen werden. Die Bauzulage seien in manchem anderen Staat höher als in Lübeck. An der Aussprache beteiligte sich zuerst Genosse Friedrich, der in längeren Ausführungen manche Siedlerwünsche als Utopie bezeichnete. Die Nahrungsfrage könne durch Siedlungen in der gewünschten Weise nicht gelöst werden. Auf die Lebensmittelzufuhr vom Ausland würden wir nicht verzichten können. Der Grundbesitz sei im Anbau von Korn und Kartoffeln leistungsfähiger als der Kleinbetrieb. Die Siedlungsfrage sei in erster Linie eine Wohnungsfrage. Es müßte nicht heißen Notwohnungen oder Heimplätze, sondern Notwohnungen und Heimplätze. Man müsse auch vorsichtig sein mit der Enteignung des in der Nähe der Stadt liegenden Gärtnerlandes, weil die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse nicht gefährdet werden dürfe. Der Siedlungsfrage, die vor allem eine soziale Wohnungsreform darstelle, müsse man nüchtern ins Auge sehen und sich nicht von Utopien leiten lassen. Genosse Macke äußert ebenfalls mancherlei Bedenken. Unmöglich sei es, für alle Siedlungen zu schaffen. Für die Kriegsverletten müßte aber unbedingt etwas in dieser Beziehung getan werden. Genosse Gogowski ist auch nicht mit allem einverstanden und geht besonders auf die gebauten Wohnungen in der Kerkringstraße ein, die viel zu klein seien und den gesundheitlichen Anforderungen durchaus nicht entsprächen. Die Wohnungsnot könne auch auf genossenschaftlichem Wege abgeholfen werden. Genosse Löwigt erkennt den Siedelungsgedanken als gut an, wünscht aber, daß der Sozialdemokratische Verein in dieser Frage sich nicht festlege. Er geht dann näher auf die Finanzfrage ein, die er in den Ausführungen Brehmers vermisst habe. Der Staat habe für andere mindestens ebenso wichtige Aufgaben noch große Mittel herzugeben. So daß der Finanzfrage eine große Bedeutung beizulegen sei, weil für alle Ausgaben auch wieder Einnahmen geschaffen werden müßten. Ueber vielem Guten solle man auch nicht die Schattenseiten der Siedelungen vergessen. Vor allem dürfe auch nicht übersehen werden, daß die Arbeiter durch die Siedlungen in mancher Beziehung gebunden und unfrei würden. Es sprechen dann noch die Genossen Kuhnemann und Lange im Sinne des Referenten, während Genosse G. Ehlers und Müller den guten Gedanken der Siedler nicht verteidigen, aber auch zur Vorsicht mahnen. Nachdem Genosse Brehmer in seinem Schlusswort auf die gemachten Einwendungen erwidert hatte, wurden folgende Anträge von der schon kurz geschickten Versammlung gegen eine erhebliche Widerheit

angenommen: 1. Der Sozialdemokratische Verein schließt sich dem Siedelungsausschuss an. 2. Der Sozialdemokratische Verein erstreckt seine Tätigkeit in der Bürgerstadt, die Siedelungsfrage so zu lösen, daß sie den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht.

Der Senat hat den Senator Dimpler zum Vorsteher des von Barries-Crisis ernannt.

Lübeck wieder Garnisonstadt. Die neulich vom Polizeiamt angekündigte Wiederbelegung Lübecks mit einer Garnison tritt mit dem heutigen Tage in Wirklichkeit. Heute Abend trifft eine Kompanie der Reichswehrbrigade 9 vom Regiment 18 ein, die zunächst ihren Standort in Lübeck nimmt. Ob die Garnison dauernd hier bleiben wird, steht noch dahin. Die Kompanie wird in der Marli-Kaserne untergebracht.

Spartakistenzusammenkunft. Unter dieser Stichmarke brachten wir am Dienstag eine Zusammenkunft aus Schwerin, auf die uns der Kommunist Seebach eine längere Erinnerung schickte. In dieser wird gesagt, daß die medienburgische Regierung einen großartigen Spionagedienst organisiert habe und daß sich die ganze Sache wesentlich anders abgepielt hätte, als berichtet wurde. Der Führer der etwa 100-120 bis an die Zähne bewaffneten Reichswehrtruppen sei in das Lokal gestürzt, und wer das gegebene Kommando: „Hände hoch!“ nicht rasch genug ausgeführt habe, sei mit Gewehrstoßen und frechen Redensarten traktiert worden. Die Ruhe und Besonnenheit sei nicht auf Seiten der sehr jugendlichen Truppen gewesen, sondern bei den Kommunisten, die man provoziert habe. Ein Führer habe erklärt, es sei schade, daß es nicht anderswo sei, sonst würde man die Schweine an die Wand stellen. Von der Waffe habe kein Kommunist Gebrauch gemacht, dagegen seien verschiedene mit Fußtritt und Schlägen auf den Kopf traktiert und mit An- und Abwischen bedroht worden. Belastendes Material habe man nicht gefunden, wohl aber seien den Versammlungsteilnehmern Schals, Bartbinden und Schnurrbartbürsten gestohlen worden und man habe versucht, gefüllte Briefstaschen zu beschlagnahmen. Die Damen habe man bis aufs Hemd entkleiden lassen und einer Frau seien die Unterhosen mit Gewalt heruntergerissen worden. Sechs Teilnehmer habe man nur verschleppt, weil sie gegen diese gemeine Behandlung protestiert hätten. — Wir können selbstverständlich nicht nachprüfen, welche der beiden Darstellungen die richtigere ist.

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte fand in Anwesenheit von Vertretern der Senate von Hamburg, Lübeck und Bremen Montag in Lübeck statt. Nach längerer Beratung entschied sich der Ausschuss insbesondere wegen der mit der allgemeinen Finanzlage nicht mehr zu vereinigenden hohen Kosten der Beitragsentziehung dahin, bei den Senate der drei Hansestädte die möglichst baldige Aufhebung des seit Beginn der Anstalt bestehenden sogenannten Einzugsverfahrens für die Versicherungsbeiträge zu beantragen. Sodann wurde dem Wünsche Ausdruck gegeben die drei Senate möchten in eine Erwägung darüber eintreten, ob der Staatsvertrag vom 4. Mai 1890, betreffend die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte, nicht zum 1. Januar 1921 gekündigt werden kann, um früher oder später den Sitz der Landesversicherungsanstalt nach dem dem zentral gelegenen Hamburg zu verlegen. Dringende Erweiterungsbauten im Verwaltungsgebäude zu Lübeck fanden grundsätzliche Zustimmung. Endlich wurden an der Hand von Wünschen und Beschlüssen der Kranken die Verhältnisse in den Heilanstalten der Landesversicherungsanstalt einer eingehenden Prüfung unterzogen. Dabei gelangte man zu der Überzeugung, daß das Hausgeld für die Familien der Kranken unter den gegenwärtigen Lebensverhältnissen nicht mehr in allen Fällen ausreichend sei. Ein Antrag auf Erhöhung dieser Leistung soll beim Reichstag in dem Sinne gestellt werden, daß das Hausgeld im Einzelfalle bis zum Zweifachen des Krankengeldes oder Einhalbfachen des Ortslohnes für erwachsene Tagesarbeiter gesteigert werden darf.

Die Wertsteigerung des Silbers. Für Deutschland ist die Gefahr der Einschmelzung des Silbermünzumlaufes infolge der Wertaufwertung schon früh aufgetreten, und tatsächlich sind ja auch die Silbermünzen vollständig aus unserem Verkehr verschwunden, eingeschmolzen oder thesauriert worden. Die Wertsteigerung des Silbers ist hier auch eine empfindlich stärkere; während in England etwa das 2½fache des Friedenspreises bezahlt wird, beträgt in Deutschland der Silbermarktpreis zurzeit etwa 800 Mark pro Kilogramm, der auf Grund der Londoner Notiz errechnete Silberpreis für die Woche sogar 931 Mk., gegenüber einem Preis von 71 Mark unmittelbar vor Kriegsausbruch. Der Metallwert der silbernen Einmünzstücke betrug, als der Reichstag 1873 im neuen Münzgesetz das Ausprägungsverhältnis festsetzte, circa 86 Pfg., vor Kriegsausbruch circa 36 Pfg., er betrug heute auf Grundlage des Londoner Silberpreises auf circa — 4,70 Mk.

Tarifvertrag mit dem Werkmeisterverband. Der Deutsche Werkmeisterverband, Geschäftsstelle Hamburg, hat beantragt, den zwischen dem Bund der Arbeitgeber in Lübeck und Umgebung, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände am 26. März 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag nebst der Vereinbarung vom 1. Juli 1919 zur Regelung der Gehalts- und Aufstellungsbefreiungen der kaufmännischen und technischen Angestellten in industriellen Betrieben und Büros gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Staatsgebiet Lübeck einschließlich Schwartau für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 20. Oktober 1919 erhoben werden und sind unter Nummer 3. B. R. 2568 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 33, zu richten.

Tarifvertrag über Feuerzüge. Der Zentralverein Deutscher Hecker E. V. in Hamburg und der Zentralverband der Maschinen- und Heizer sowie verwandter Berufsangehörigen Deutschlands haben beantragt, den zwischen ihnen am 7. Juli 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Regelung der Feuerzüge und Arbeitsbedingungen für die Maschinenisten der deutschen Seeschiffe gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 25. Oktober 1919 erhoben werden und sind unter Nummer 3. B. R. 2119 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 33, zu richten.

Amerikanische Liebesgaben für deutsche Kinder. Die ersten großen Liebesgabenbestellungen fondensierter Milch aus den Vereinigten Staaten sind eingetroffen. Das Zentralkomitee des Roten Kreuzes erhielt von den Gebern die Weisung, zunächst den unterernährten Volkshilfskindern deutscher Großstädte vier bis sechs Liter Milch zu ermöglichen. Die Milchmengen dieser Kinder sind im Laufe des Winters zu erwarten. Aus den ferneren in Aussicht gestellten Stiftungen werden erwähnt: Unterbringung von tausend tuberkulösen deutschen Großstadtkindern auf drei bis vier Monate in der Schweiz durch Neunorfer und Einleibung von 50 000 bedürftigen deutschen Kindern durch San Franciscoer Freunde.

Unterstützung für Wöchnerinnen. Mehrfach gelandete Anträge über die Wöchnerinnenunterstützung an uns. Wir geben deshalb folgendes zur allgemeinen Kenntnis: Die Wochenbeihilfe erhalten auf Grund des Gesetzes vom 26. Sept. 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1757) auch die Wöchnerinnen, die vor dem 1. Oktober entbunden haben. Das Wochen- und Stillgeld wird in der Höhe des Krankengeldes bzw. der Hälfte des Krankengeldes bezahlt, wenn sie Mitglieder einer Krankenkasse sind. Diese Unterstützung wird gewährt für die Zeit, bei Wochenabgeld, soweit die Geburt 10 Wochen vor dem 1. Oktober ist und bei Stillgeld, soweit die Geburt 12 Wochen vor dem 1. Oktober liegt, für die Tage, die in diesen Zeitraum nach dem 1. Oktober fallen. Wöchnerinnen deren Gemann Mitglied einer Krankenkasse ist, erhalten als Wochenabgeld pro Tag Mk. 1,50 und als Stillgeld pro Tag Mk. 0,75. Den gleichen Betrag bekommen auch sonstige Familienangehörige eines Krankenkassengliedes. — Alleinlebende Wöchnerinnen, die keiner

Kasse angehören und keinen Angehörigen als Mitglied einer Krankenkasse haben, bekommen diese Unterstützung auf Kosten der deutschen Republik.

Schöffengericht. Wegen Schleichhandels war gegen den Schlichter Kossel auf 3000 Mk. Geldstrafe und 3 Wochen Gefängnis erkannt worden. Gegen diese Strafe hatte er Berufung eingelegt, da er schuldig sein wollte. Das Gericht war aber anderer Meinung und erhöhte die Strafe am Dienstag auf 5000 Mark und 1 Monat Gefängnis. Außerdem wurde auf Einziehung des Fleisches erkannt. Es handelt sich um eine größere Menge Schweine-, Kalb- und Hammelfleisch von 5 Tieren, das feinerzeit, worüber wir berichteten, in einer Nacht bei der Herrenbrücke beschlagnahmt wurde. Die übrigen in dieser Sache mit verwickelten Personen haben gegen ihre Strafe keine Berufung eingelegt. Das Gericht schenkte den Angaben des Angeklagten, daß alles Fleisch von Notschlachthausen kamme, keinen Glauben, sondern nahm Schleichhandel in erheblichem Umfang an. — Feinleiden wollte sich das jugendliche Dienstmädchen S. mit einer leibenen Bluse ihrer Herrschaft und einer goldenen Brosche, die auch nicht ihr Eigentum war. Die Bluse will sie nicht gestohlen, sondern mit der Absicht, sie nur einige Male anzuziehen, sich angeeignet haben. Die langen Finger kosten ihr 2 Wochen Gefängnis. Von den übrigen, ihr sonst nach zur Last gelegten Diebstählen wurde sie freigesprochen. — Wegen Diebstahls und Unterschlagung hatte sich die Verkäuferin R. zu verantworten. Sie hatte vereinbarte Gelder für sich behalten und auch an einigen Verkaufsgenossen Gelder gefahren. Mit dem Geld wollte sie sich Obst und andere Genussmittel gekauft haben. Sie wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte nur 60 Mark Monatslohn. — Für einen Holzdiebstahl erhielt der Arbeiter M. 60 Mk. Geldstrafe oder 4 Tage Haft. — Wegen Verbreitung von Flugblättern, in denen der Staatsanwalt Aufreizung von Bevölkerungsklassen und Aufhebung von Ungehorsam gegen die bestehenden Gesetze erblüht, war der hiesige Kommunistenführer Fr. angeklagt. Nach einer langen, geschickten Rede seines Verteidigers verkündete das Gericht die Freisprechung, weil nicht erwiesen ist, daß der Angeklagte die Flugblätter verteilt oder deren Inhalt gekannt hat.

Vortragswesen der Oberschulbehörde. Die Vorträge Prof. Dr. Rosenkhal über die Blütezeit griechischen Geisteslebens in der Erreifezeit beginnen jetzt um sechs Uhr. Der zweite Vortrag findet am Freitag statt.

Arbeitsgemeinschaft für Volkshilfe. Herr Dr. med. Karl Sterna mit Donnerstagabend 8 Uhr im Gemeindefaßhause einen Lichtbildernortrag über die „Geschichte der Krankheiten“, ihr Wesen, ihre Verbreitung, ihre Bekämpfung“ halten.

1. Volkskonzert. Am Donnerstag, dem 23. Oktober, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus das erste Volkskonzert statt, das der Verein der Musikfreunde veranstaltet. Das Programm umfaßt drei größere Werke für großes Orchester. In der Spitze der Vortragsliste steht eine Sereenade von Mozart, ein entzückend schönes Werk. Es folgt das Mendelssohn'sche Violinkonzert, das Hr. Charlotte Kelen-Berlin, eine junge Geigerin aus der Meisterschule von Professor Meißel, spielt. Das orchesterliche Hauptwerk des Abends bildet Franz Schubert's unvollendete Sinfonie, eines der schönsten Werke aus dem reichen Schatze der besten Musik. Am Schluß des Konzertes, dessen Leitung in den Händen von Herrn v. Höpflin liegt, steht Webers Oboen-Ouvertüre. Das Programm enthält über die beiden Hauptwerke — Sereenade und Sinfonie — Einführungen aus der Feder des Herrn v. Höpflin und Hennings. Der Eintrittspreis von 1 Mk. umfaßt auch freie Korbverabreichung und freies Programm. Die Volkskonzerte, von denen 4 im Gewerkschaftshaus stattfinden, haben es notwendig gemacht, das Podium im Saale durch einen Vorbau so zu vergrößern, daß für das Orchester und große Chöre genügend Platz vorhanden ist.

Die Schuhmacher-Zwangsinnung verweist im Inzeratenteil darauf, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen alle diejenigen, die in Lübeck einrichtend des Einmündungsbereiches das Schuhmachergewerbe selbstständig betreiben, Mitglied dieser Innung sein müssen.

Sozialdemokratischer Bezirksverband Schleswig-Holstein.

Am Sonntag, dem 19. Oktober, morgens 9 Uhr, findet in Kiel im Gewerkschaftshaus die

Konferenz für den 3. Unterbezirk,

bestehend aus den Kreisen Bordesholm, Wismar, Oldenburg und der Provinz Lübeck mit den Städten Kiel und Neumünster statt.

Die Agitationsleistung.

J. A. W. Verdick.

Milchsch. Unliebsame Zustände bei der Milchabgabe. Im Frühjahr wurde durch den Arbeiterrat in der Lindenstraße beim Gastwirt Runge eine Milchverkaufsstelle geschaffen und der Bevölkerung dort eine große Erleichterung zuteil, da sie nicht mehr zur Meierei in der Rankau-Allee brauchen und so sehr viel Zeit ersparte. Nun, seit die Kontrolleure aberschafft, verlangt Herr Körding, daß die Leute wieder nach der Meierei kommen und bei allem Wind und Wetter herumlaufen und stundenlang warten sollen, bis sie ihr bishigen Milch erhalten. Dabei handelt es sich vielfach um Frauen, die kleine und schulpflichtige Kinder zu Hause haben. Es wird höchste Zeit, daß hier eine Aenderung eintritt. In Schwartau sieht man die Hunderte vor der Tür stehen, um auf ¼ Liter Magermilch zu warten. Warum müssen in Renfeld Hunderte nach einem Taugen? Es könnte ein Wagen die Lindenstraße, Pariser Weg, Schmoorstraße und Hühnerhausen fahren, dann würde in der Meierei nicht solcher Andrang sein. Wir möchten Herrn Körding bitten, es nicht auf die Spitze zu treiben, denn der Arbeiter Rat ist schließlich doch die Gebuld.

Trasemünde. Wegen der Einrichtung eines Fortbildungsschulunterrichts für männliche und weibliche Jugend waren die interessierten Kreise bei der Oberbehörden vorstellig geworden. Wie die Oberbehörden mittelst, hat sie bereits durch einen Bericht vom 26. Mai ds. Js. an den Senat unter Vorlage eines Gesetzentwurfes den Antrag auf Einrichtung einer allgemeinen Fortbildungsschule gerichtet. Diese Vorlage ist vom Bürgerausschuß am 13. August ds. Js. einer Kommission zur Vorprüfung überwiesen worden. Demnach ist zu erwarten, daß nach im Laufe des Winters mit dem Fortbildungsschulunterricht begonnen werden kann.

Estin. Deutschnationale Protestresolution. In einer Reichsversammlung wurde folgende Resolution beschlossen: „An den Hauptauschuß des Reichstags und an das Staatsministerium in Oldenburg: Eine zahlreich besuchte Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei des Fürstentums Lübeck legt energische Verwahrung ein gegen die Freiführung des Hauptauschusses, die darin besteht, daß die hiesige Regierung ihm auf seine Anfrage mitgeteilt hat, das Fürstentum Lübeck wünsche den Anschluß an das Fürstentum Lübeck. Die Bevölkerung hat bisher keine Gelegenheit gehabt, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Welche Kreise in diesem eigenmächtigen Schritt der Regierung eine Vergewaltigung. (Wir verweisen in dieser Frage auf unseren Artikel: Ein Schlag gegen das Selbstbestimmungsrecht.)“

Obeskor. Beschlagnahme. Am Sonnabend wurden auf dem hiesigen Bahnhof 9 Pak Fleisch von circa 620 kg angehalten und beschlaggenommen. Dieselben waren als eingemachte Bohnen deklariert und sollten von Bramstedt nach Berlin verschoben worden. Der Inhalt bestand aus zwei kompletten Kindern.

Hamburg. Alfordarbeit für Metallarbeiter. In der Versammlung der Betriebsräte, Delegierten und Vertrauensleute der in den Landbetrieben beschäftigten Metallarbeiter wurde mitgeteilt, daß das Schlichtsgericht betreffs der Veränderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einen Teilschiedspruch gefällt

hatte, der u. a. folgende Bestimmungen enthält: „Der Schlichtungsausschuß ist der Überzeugung, daß die Einführung der Stillstandsarbeit für den Wiederaufbau der Industrie und das gesamte Wirtschaftsleben zur unabwehrbaren Notwendigkeit geworden ist. Die Alfordbasis für den geltenden Nacharbeit ist der zu garantierende Stundenlohn von 2,70 Mk. zuzüglich 30 Pfg. Die für die Einführung der Alfordarbeit erforderlichen Sicherungen werden zunächst von den Verhandlungskommissionen beraten. Bis zur Einführung des neuen Tarifs ist den Arbeitnehmern ein Zuschlag von 20 Pfg. pro Stunde auf die jetzigen Löhne mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober 1919 zu zahlen.“ Die Reichsversammlung erklärte sich nach mehrstündiger Debatte mit dem Schlichtspruch einverstanden und ermächtigte die Lohnkommission auf der Grundlage des Spruchs mit dem Verband der Eisenindustrie weiter zu verhandeln. — Drei Todesurteile. Wegen Raubmordes an dem Hohenrevisor Settemayer wurden der Müller Meins, der Arbeiter Bednarz gen. Neugebauer und der Briefträger Weber zum Tode und zu lebenslänglichem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Die Verhandlung hatte ergeben, daß die gräßliche Tat mit vollem Vorbedacht und auf gemeinsame Verabredung ausgeführt worden war.

Hamburg. Ein unglücklicher Schuß. Auf dem Nachtschiff Freya der Hafenschuttruppe spielten einige Leute Karten. Als einer der Mitspielenden fragte, ob er von dem Gewinn etwas erhalte, nahm ein Sergeant ein Gewehr, zielte auf den Freier und sagte: „Damit kannst Du etwas bekommen.“ In dem Glauben, sein eigenes ungeladenes Gewehr zu haben, brühte er am Abzug. Er hatte aber ein geladenes Gewehr gefaßt, sodaß eine scharfe Schuß losging. Die Kugel drang dem Mann durch den Hals, prallte an einem eisernen Pfeiler ab, durchbohrte einen Arbeiter und traf einen Kameraden, der auf einer Bank saß. Während dieser nur eine ungeschickliche Fleischwunde erlitt, hat der erstere diese Spielerei mit dem Leben bezahlen müssen. — Mäde dieser Vorfall anderen zur Warnung dienen. — Tragischer Tod. In einem Hotel an der Langenreihe in St. Georg hat sich die 23jährige Verkäuferin Steege aus Bremen durch einen Schuß ins Herz getötet, da sich ihrer ehelichen Verbindung mit einem jungen Grafen v. Wolke aus Mecklenburg unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellten.

Wismar. Gestreikt wird seit einer Woche von den jungen Landarbeitern der Hofe Seltau, Sophienhof, Seltau und Ottenhof, während die älteren Arbeiter arbeiten. Die Streikenden haben nach Berichten bäuerlicher Blätter in den letzten Tagen in Seltau, Sophienhof und Seltau Säemähdern und Pflüge beschädigt und sieben Strohdämmen in Brand gesteckt.

Kiel. Gasvergiftung. In der Augustenstraße wurden vier Personen durch Leuchtgas vergiftet, weil die Gaspersenfenster nicht beachtet worden waren. Unter Anwendung von Sauerstoff wurden die Witwe R. und ihre beiden Töchter ins Bewußtsein zurückgerufen. Bei dem Einlogierter, einem Feldwebel, hatten die Bemühungen keinen Erfolg.

Hadersleben. Bei den Magistratswahlen wurden drei Deutsche und drei Dänen gewählt.

Neustrelitz. Regierungswechsel. Der bisherige Vorsitzende der Landesregierung, Genosse Hans Krüger, ist zurückgetreten. An seine Stelle ist Ministerialdirektor Frhr. v. Reibnitz zum Staatsminister ernannt. Genosse Krüger ist zum Bevollmächtigten Minister des Freistaates Mecklenburg bei der Reichsregierung und zum stellvertretenden Mitglied des Reichsrates ernannt worden, nachdem die mit Mecklenburg-Schwerin gemeinsame Geandtschaft bei der Reichsregierung in Berlin und die gemeinsame Vertretung beim Reichsrat mit dem 30. September aufgelöst worden ist. Frhr. v. Reibnitz gehört ebenfalls der sozialdemokratischen Partei an und steht Hans Leuß nahe.

Hofe. Ein lebhafter Tauschhandel mit Zucker hat sich in manchen Dörfern des westlichen Mecklenburg entwickelt. Allwöchentlich kommen von Lübeck und andern nahe gelegenen Städten gewisse Leute und bieten bei den Hühnerhalten Zucker in größeren Mengen zum Schleichhandelspreis von 5-7 Mk. das Pfund an. Den Schleichhändlern — denn um reell erworbenen Zucker kann es sich bei diesen Mengen natürlich nicht handeln — liegt aber weniger an dem Gelde als an der Ware, die sie dafür eintauschen wollen. Und das sind die jetzt mehr denn je so kostbaren und seltenen Eier.

Harburg. Wegen Schiebung wurde der Steuernmann, eines im Harburger Hafen liegenden Oberländer Rahnes verhaftet. Bei der Lösung seiner Ware fehlten 200 Zentner Soja; bohnen im Werte von 20 000 Mark.

Theater und Musik.

Das erste Symphonie-Konzert dieses Winters — in Anbetracht der Witterung kann man ja jetzt beinahe vom Winter sprechen — verlief Montag Abend sehr schön und hat erliefene Genüsse. Herr v. Höpflin war der Dirigent, der mit der Wahl der drei Musikstücke: Variationen und Fuge über ein Beethoven'sches Thema von Max Reger, Violinkonzert in D-Dur von Johannes Brahms, Beethoven's achte Symphonie besten Geschmacks sowie eine glückliche Hand bewies, und diese glückliche Hand führte auch mit Energie und Sicherheit den Stab. Man gewann den Eindruck, daß Herr v. Höpflin ein Musiker ist, der Temperament und Begabung für die Sache besitzt, der er mit dem Verstand und dem Herzen dient. Reger's Variationen, die dem Orchester eine sehr dankbare Aufgabe bieten, kamen fein und in herrlicher Klangwirkung zu Gehör. Für die Beethoven'sche Symphonie fehlten sich alle Mitwirkenden mit dem ersten aber doch freudigen Eifer ein, der eine würdige Wiedergabe gewährleistet. Einen verdienten großen Erfolg hatte der Solist Prof. Berber-München. Das Violinkonzert von Brahms wurde von ihm mit bezauberndem Ton, technisch vollendet gespielt. In der sich nie vordrängenden, dem Solisten erst den prächtigen Rahmen bietenden Begleitung, gab das Orchester Vortreffliches. Herr Berber verstand sich nach immer erneutem Hervortritt zu einer sehr heifällig aufgenommenen Zugabe. Das Konzert war ausverkauft.

Neueste Nachrichten.

Russische Annäherung an Deutschland.

U. Warschau, 15. Oktober. Hiesigen Witterungsbedingungen zufolge zeigen die russischen Politiker immer härter die Neigung, ein Bündnis mit Deutschland abzuschließen.

Schwere Unruhen in Brest.

U. Brest, 15. Oktober. Bei dem Generalkrieg in Brest kam es zu erneuten Unruhen, die ausgesprochen revolutionären Charakter trugen. Zwischen den Streikenden und den Arbeitswilligen sowie zwischen den Streikenden und der Polizei fanden Zusammenstöße statt. Später bewegte sich eine Revolutionäre von über 30 000 Streikenden durch die Stadt, die die Internationale trugen. Die Streikenden riefen: „Es lebe die Revolution! Es lebe der Sowjet! Herunter mit den Wölberr!“ Gleichzeitig wurde ein Hagel von Steinen und Eisenstücken gegen die Polizei gemorren. Sodann ging man auf die Truppen los, die der Polizei zur Hilfe geeilt waren. Man stellte zahlreiche Verwundete fest. Dienstag sind viel Kavallerieabteilungen abgetrieben. Alle öffentlichen Gebäude und die Verkaufsgeschäfte werden von Truppen bewacht.

Briefkasten.

W. R. Wir können nicht die Hand dazu bieten, Ihre Rat schläge zur Wohnungsnot der Öffentlichkeit zu übermitteln. Ein Teil Ihrer Rat schläge steht in schroffem Widerspruch mit allen sozialistischen und menschlichen Grundgesetzen.

Vermischtes.

O.K. „Das Klodenspiß.“ Unter diesem Titel erzählt die im Hamburger Quatern-Verlag erscheinende Zeitschrift „Blatt für die Land- u. Waldkultur“ folgende kleine Geschichte: Vor ein paar Jahren kam ein Herr aus Kisten Kaffeebohnen nach Hamburg. „Op'n Hoppenmarkt heurt he dat Klodenspiß, „Ein feste Burg“ singeln. „Ne, heer'n Se mal,“ jagt he to en Spielerberedtsmann, „dat heer't sich ja ganz wunderbar an!“ — „Dat is hüt noch gor-nitz,“ jagt de Mann, „dor möten Se mol koken, wenn'n Senoter doobleben is, denn spelt all' de Kloden von all' de Hamburger Toorns veertein Doog lang in enen Törn: „Nun danke alle Gott.“

Das Gebet als Streitwaffe. Eine eigenartige Waffe verwenden die Streitenden, wie in einem englischen Blatte erzählt wird, bei den Straßenbahnstreik in Kairo im Jahre 1906. Am 1. Streiktag warb die Straßenbahngesellschaft Freiwillige an, die den Verkehr aufrechterhielten. So daß die Sache der Straßenbahner sehr schlecht stand. Da kamen sie auf einen eben so originellen wie wirksamen Einfall. Bekanntlich ist es von dem Gesetze des Islam verboten, einen Gläubigen im Gebet zu hören, bis er wenigstens vier Stunden lang seine Andacht verrichtet hat. Dies gilt auch für die zum Tode Verurteilten. Auf dieses Gesetz bauend, brachten die streikenden Straßenbahner ihre Gebetsteppiche und Korane auf die Straße und knieten auf den Schienen nieder, wobei immer nach vier Stunden einer den andern ablöste. Nun weigerten sich alle frommen Mohammedaner in Anbetracht eines solchen heiligen Hindernisses den Verkehr aufrechtzuerhalten, und nachdem die Streikenden vier Tage und vier Nächte unaufhörlich gebetet hatten, mußten die Direktoren der Straßenbahn von Kairo den Forderungen der Straßenbahner nachgeben, die ihren Erfolg noch als einen besonderen Sieg feierten, den Allah und sein Prophet über

die Gisors — womit die christlichen Direktoren gemeint waren — errungen hätten.

Der jüdische Geenig. Der „Zwiebelsch“, die seine, kleine Zeitschrift für Bühler und andere Dinge, erzählt Anekdoten von Friedrich August dem Großen:

Vom jüdischen Geenig, der seiner recht gesunden Abneigung gegen das Hofgesinde und die burzauratischen Würdenträger oft drastischen Ausdruck gab, erzählt man sich manch hübsche Geschichte. Eines Tages kam er von dem Begräbnis eines seiner Minister heim und sah nun, das Frühstück erwartend mit den übrig gebliebenen Ministern in seiner Villa Nachwitz. Alles schweig, Ergriffenheit mimend. Endlich sah der Geenig reichum und meente: „Nu — wer wird denn nu von Euch der nächste sein?“

Eines Tages sah er in Berlin bei der Hofstafel. Da schlug die Uhr neun. — „Mein Uhr“, sagte er sinnend, „um die Zeit schiel ich sonst mit meiner Louise Haselbater.“

Ein andermal — Louise war längst schon auf und davon — besuchte er im Voglande eine Fabrik. Ein Vorarbeiter hielt eine Ansprache. Der war tüchtig heiser. Der Geenig, ebenfalls erkältet, trachtete: „Na — guter Mann. Sie scheinen ja ganz in meiner Lage zu sein!“ „Ach nee — Majestät“, erwiderte der Vorarbeiter, „mir is des Luder schon nach vier Wochen durchgebrannt.“

Als dann der November 18 kam, erschienen bei ihm Abgeordnete des Volkes und erklärten, er sei abgesetzt, er müsse nu wegmachen. Das sah er gar nicht ein. „Nu ich kann doch bleim, meente er, „Ich ha a b doch gar nicht gegen mei Bult.“ Aber das Bult blieb fest, und da rief er schließlich resigniert: „Na, dan n mach' e i e r n D r e g g a l e e n e“ — Nu machen se ihren Dregg alleene.

Humor und Satire.

Der plötzliche Politiker. Peter Scher erzählt im „Simplicissimus“ folgende kleine symbolische Geschichte: Einmal ward ich Zeuge, wie ein leicht erregbarer Mann durch das fortgesetzte Anzucken der Stubentür außer sich geriet. Als ihm erklärt wurde, daß dem Hebel nicht abzuhelfen sei, weil es an Fett zum Schmieren mangelte, lehrte sich sein Zorn gegen die Regierung. In dem hitzigen Bestreben, auf der Stelle etwas gegen dieselbe zu unternehmen, ergriff er seinen Hut und stürzte ins Bureau der kommunistischen Partei, wo er sich als Mitglied eintragen ließ. Wer beschreibe aber seine Ernüchterung, als er, heimgekehrt, die Tür nicht im entferntesten mehr Inarend fand, denn sie war unterdessen mit dem gleich nach seinem Fortgang eingetroffenen amerikanischen Schweinefett geschmiert und in Ordnung gebracht worden. Für den inzwischen wieder abgereagten Mann verstand es sich nun von selbst, daß er abermals zu seinem Hute greiff und in beschleunigtem Laufe sowohl seine Anmeldung zum Umsturz rückgängig als auch seinen Wiedereintritt in die Ordnungspartei per seff machte. So hat ein aufgeregter Geist nichts als Scherereien mit der Politik.

Eingegangene Zeitschriften.

Vom „Wahren Jacob“ ist heute die 21. Nummer des 36. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 20 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag F. S. Diez Nachl. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Th. Schwab. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Zentrale vom Roten Kreuz,
Schildstraße 10, 8743
geschlossen.

D. T. V.
(8746)

Vorstandssitzung
am Donnerstag, 16. Okt.
abends 7 Uhr
im Bureau.

Zur Einmachezeit
verwende jede Hausfrau die seit Jahren beliebten Marken:
Echter Surol Essig Ceka
der beste der gesüßte

besonders preiswert und vorzüglich zum Einmachen und als Salat-Essig mit allen Gewürzen, fertig zum Gebrauch. Essig. Erspart jeden Zuckerzusatz.

In Originalflaschen überall erhältlich. — Man achte auf die Namen **Surol und Ceka** und weise Nachahmungen zurück. (8712)

Lübecker Essig- u. Senf-Fabrik Gebr. Buck & Wiegels G. m. b. H.
Königstraße 100. Lübeck Telephone 369.

Bruchbänder und Leibbinden
in größter Auswahl.

Maß-Anfertigung in eigener Werkstatt unter Gewährleistung tatlosen Sitzes.

J. A. C. Dettmann, Lieferant für sämtliche Krankenkassen

Königstraße 84-86. (8724) Abtlg. Krankenpflege

Für die uns erwiesenen Aufmerksamkeit zum höchsten Hochzeit sagen herzlich Dank.

F. Böttcher u. Frau
8732 geb. Hallier.

Dr. A. Ott
Spezialarzt f. Lungeneriden zurückgekehrt. (8718)

Ad. Hübnert, Uhrmach. u. Goldarbeit., Fünfhausen 13. Gta. Reparaturwerkstatt. 8716

Schuhmacher-Zunft.
(Zwangsinnung.)

Mitglieder der Zunft sind nunmehr nach gesetzlichen Bestimmungen alle diejenigen, die in Lübeck einschließlich Eingemeindungsgebiet das Schuhmacher-gewerbe selbständig betreiben.

Die Beteiligten werden ersucht, sich bei den Vorstandsmitgliedern **Meyer, Hüsterdamm, Rosenberg, Mühlent., Kröger, Lindenstr., Kolz, Arminstr.** oder im Geschäftsflokale der Genossenschaft anzumelden. (8735)

Der Vorstand.

Ich bin zum **Notar** ernannt. Meine Kanzlei befindet sich Pfaffenstraße 2, 1., Ecke Breite Straße, Fernruf 1011. Meine Wohnung befindet sich Königstraße 75, 1., Fernruf 8915.

Dr. Roeper,
Rechtsanwalt und Notar.
8726)

Visitenkarten
fertigt an **Friedr. Meyer & Co.**

Sozialdemokratischer Verein
Ortsgr. Hansdorf u. Umg.

Arbeit-Turn-Verein
Lübeck.

Am 11. d. M. Harb unter Sportgenosse **Heinr. Brüggmann.**

Ehre seinem Andenken!

Anreten zur Trauerfeier Donnerstag 2 1/2 Uhr beim weißen Hirsch. (8727) Der Vorstand.

Pelz-Haus
Fr. Zimmermann
Beckergrube 50, 1

bietet an als besonders vorteilhaft große Posten Alaskafuchs Blaufuchs Zobelfuchs v. 200 Mk. an.

Skunks Canin Blaufuchs Canin Zobel Canin Eleg. Kragen und Muffen modernste Formen Mk. 45, 60, 75, 90, 125, 160.

Leichte Pelzhüte Mk. 45, 90, 150.

Pelzfelle, Kindergarnituren in allen Preislagen.

Umarbeitungen jetzt noch schnell und billig. (8711)

Bruchbänder, Leibbinden, künstl. Glieder, Gummwaren, chirg. Artikel, Verbandstoffe

Dr. med. H. Wolfermann & Cie.
Beckergr. 2. Lübeck. Haus Opera. Lieferant der Krankenkassen. Damenbedienung.

Für die von uns angefertigten Bruchbänder übernehmen wir für guten Sitz und sichere Zurückhaltung auch der schwersten Brüche jede Garantie.

Das große Massensterben der Kaninchen verhütet bei Blähungen, Kolik, Trommelsucht usw.

Apotheker Schambachers „Karnikol“
Völlig unschädlich! Dauernde Ankerkennungen! Preis per Flasche Mk. 2.50. (8728)

„Kolikol“,
bestes Mittel gegen Kolik bei Pferden, Kindern, Ziegen, Schafen und allen anderen Haustieren.

Alleinverkauf: **Zoolog. Handl. Albert Karge, Huxstr. 72**

Bannerweibe
am Sonntag, den 19. Okt., im Lokale von Herrn Wiese zu Hansdorf.

Nachmittags 2 Uhr: Festzug durch den Ort. Danach: Preisstiefchen. Ballanzug 4 Uhr.

Auswärtige Vereine werden herzlich eingeladen. (8736) Der Vorstand.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zu unserer Silbernen Hochzeit sagen allen Freunden und Verwandten sowie den Kollegen des Zentralverbandes der Böttcher, meinen Kollegen und Mitarbeitern der Firma H. Laders unsern besten Dank. (8731) F. Ros u. Frau.

Näherin gesucht.
(8728) Böttcherstr. 21 I.

Gutes Oberbett zu verkaufen, 150 Mk. (8730) Augustenstr. 5a.

Billig zu verkaufen ein Sigs. u. Siegewagen. Preis 15 Mk. (8741) Düstere Querstraße 5.

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919.
Festausgabe mit Sachregister. Preis Mk. 1.10. Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.**

Deutscher Bauarbeiter-Verb. **Verammlung** am Donnerstag, 16. Okt., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus **Johannisstraße 50-52.** Tagesordnung: Der Bauarbeiterverband und Bauarbeiterverband. Das Erscheinen aller ist unbedingt notwendig. Der Bezirksvereinsvorstand. (8737)

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919.
Festausgabe mit Sachregister. Preis Mk. 1.10. Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.**

Deutscher Bauarbeiter-Verb. **Verammlung** am Donnerstag, 16. Okt., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus **Johannisstraße 50-52.** Tagesordnung: Der Bauarbeiterverband und Bauarbeiterverband. Das Erscheinen aller ist unbedingt notwendig. Der Bezirksvereinsvorstand. (8737)

Deutscher Transportarb.-Verb. Ortsverwaltung Lübeck. **Verammlung** der **Caféarbeiter** am Donnerstag, d. 16. Okt., abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Stellungnahme zum Abschluß des Lohnvertrages. Vollständiges Erscheinen der Kollegen dringend erwünscht. Mitgliedsbücher des D. T. V. legitimieren. (8746) Die Ortsverwaltung.

Plattdeutsche Volksgill.
Uns' Maaten, de ehr Mitgliebskorten un Theaterkorten noch nich abhalt hebbn, mött hatt bei tom **Friedag morgen** in uns' Schrieftub, (8748)

Groß-Lübeck
neben d. Stadttheater. Tägl. hum. Konzert **Au just d. Gemütliche** (8714) ist da!

Glasarbeiten
aller Art offeriert **O. Tauchnitz,** Glasfabrl. (8729) Weißschauerstr. 35, 3. 2958.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeit. Dtschl. Filiale Lübeck.

Versammlung am Donnerstag, d. 16. Okt., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus **nur für Wäsche- und Plätterinnen.** Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich. (8742) Die Ortsverwaltung.

50 schöne **Fertel** und billig z. verkaufen. (8735) **J. Kläwer, Schwarz. Al. 125**

Große **Parne** **Fertel** und **Juganger** billig zu verkaufen. **F. Vagt,** (8747) Schwarz. Allee 127 a.

Ein **Reisbrett** mit **Deckel** zu verkaufen. Ang. m. Preis untl. **F B 6** an die **Sp. d. 31.** (8711)

1 **Sad** **Kartoffeln** verl. **Thygenen** (8739) **F. Beckingstraße 45 a, 1.**

Glasarbeiten
aller Art offeriert **O. Tauchnitz,** Glasfabrl. (8729) Weißschauerstr. 35, 3. 2958.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeit. Dtschl. Filiale Lübeck.

Versammlung am Donnerstag, d. 16. Okt., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus **nur für Wäsche- und Plätterinnen.** Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich. (8742) Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verb. **Verammlung** am Donnerstag, 16. Okt., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus **Johannisstraße 50-52.** Tagesordnung: Der Bauarbeiterverband und Bauarbeiterverband. Das Erscheinen aller ist unbedingt notwendig. Der Bezirksvereinsvorstand. (8737)

Gesellschaftshaus Pockenhof.
Morgen **Donnerstag** (8715) **Gr. Langstränjchen.** Anf. 6 Uhr. F. Westfahling.

Deutscher Bauarbeiter-Verb. **Verammlung** am Donnerstag, 16. Okt., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus **Johannisstraße 50-52.** Tagesordnung: Der Bauarbeiterverband und Bauarbeiterverband. Das Erscheinen aller ist unbedingt notwendig. Der Bezirksvereinsvorstand. (8737)

Gesellschaftshaus Pockenhof.
Morgen **Donnerstag** (8715) **Gr. Langstränjchen.** Anf. 6 Uhr. F. Westfahling.

Stadthallen = Lichtspiele
Lübeck. Mühlenbrücke 13.

Nur noch 2 Tage:

- Vendetta**, Drama in 5 Akten. (8734) In den Hauptrollen: Pola Negri u. Harry Liedtke.
- Hinaus ins Grüne**, Lustspiel in 2 Akten.
- Der Musenfrack**, Lustspiel in 1 Akt.
- Die Teckelzucht**, Sportaufnahme.

Hansa-Theater
Mittwoch: D. Faschingsfee
Donnerstag punkt 7:
Die Faschingsfee.
Operette von E. Kalman.
Freitag (Neu einstudiert):
Ein Walzertraum.
Operette von O. Straus. (8720)

Jeden **Donnerstag**: (8717)

Adlershorst. Tanz

Gesellschaftshaus „Weißer Engel“
Ratzeburger Allee 29. Endstation der Linie 1.
Jeden Sonntag und Donnerstag: (8718)

Grosse Ballmusik.
Anfang Sonntags 4 1/2, Donnerstags 6 1/2 Uhr.

Stadttheater Lübeck
(8738)
Mittwoch, den 15. Oktober: Anfang 7 Uhr.
5. Vorst. i. Mittwoch-Abonn.
La serva Padrona.
Der betrogene Kadi.
Bastien und Bastienne.
Donnerstag, d. 16. Oktober: Schauspielgemeinde Gelbe Karten.
Kurth von der Kreith.
Zu dieser Vorstellung sind Eintrittskarten an der Theaterkasse zu haben.
Freitag, den 17. Oktober: 5. Vorstellung im Freitag-Ab.
Walküre.
Sonabend, d. 18. Oktober: **Nacht in Venedig.**

Konzerthaus Flora.
Donnerstag, den 16. Oktober, **fein** & **aus.** (8744) Freitag und Sonnabend: **Ball.**

Ein Schlag gegen das Selbstbestimmungsrecht.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat in der Kriegszeit eine große Rolle gespielt. Alle Kriegführenden betonten mehr oder weniger stark, daß sie für dieses Recht kämpfen, nur verstanden sie in der Regel, je nachdem es ihrem Vorteil entsprach, etwas anderes darunter. Nun ist der Krieg aus und von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ist kaum noch die Rede. Es wurde mit so manchen anderen guten Rechten zum alten Eisen geworfen. In Deutschland ist darüber begrifflicher Weise sehr geklagt worden, wenn es auch noch lange nicht sicher ist, daß im Falle eines Siegfriedens nach alldem Reizt das Selbstbestimmungsrecht mehr geschätzt oder besser gesagt verachtet worden wäre, als man das jetzt erlebt hat.

Bei uns in Deutschland hat sich seit dem verlorenen Kriege vieles geändert. In politischer Hinsicht gewiß zum Vorteil. Aber die Einzelstaaten sind geblieben. Man mag das mit uns lebhaft bedauern; die Tatsache bleibt jedoch bestehen. In der Bevölkerung verschiedener Einzelstaaten macht sich jedoch aus mancherlei Gründen der Wunsch nach anderen Grenzen, nach Verbindung von Landesteilen mit anderen Bundesstaaten geltend. Die Reichsverfassung sieht die Möglichkeit solcher Veränderungen vor, will jedoch dabei den in solchen abzutrennenden Gebieten befindlichen Einwohnern ein gewichtiges Mitentscheidungsrecht gewähren. Daß das notwendig ist, erkannte die deutsche Nationalversammlung an.

Um so mehr muß es befremden, wenn man sieht, daß einzelne deutsche Bundesstaaten Gebietsteile gegen den Willen der dort wohnenden Einwohner veräußern wollen. Oldenburg bietet dafür ein wenig rühmliches Beispiel. Der Freistaat Oldenburg ist zerissen wie kein anderes deutsches Land. Die Provinz Bienenfeld, Oldenburg und die Provinz Lübeck liegen Hunderte von Kilometern von einander entfernt und haben mit ganz verschiedenen wirtschaftlichen Interessen zu rechnen. Es ist deshalb erklärlich, daß hier Veränderungen erfolgen müssen. Das weiß auch die oldenburgische Regierung, die nun einen kleinen Landhandel mit Gebietsteilen betreiben möchte. Sie möchte die Provinz Lübeck an Preußen abgeben und dafür bei Oldenburg gelegene preussische Gebietsteile eintauschen.

Sie will das, obwohl ihr nicht unbekannt ist, daß in der Provinz Lübeck der weit überwiegende Teil der Bevölkerung für den Anschluß an den Freistaat Lübeck ist, auf den die Provinz lebendige wirtschaftliche Interessen und auch geschäftliche Lieferungen hinweisen. Es muß hier einmal klar und deutlich ausgesprochen werden, daß die oldenburgische Regierung eine Vergewaltigung der Bevölkerung der Provinz im Schilde führt. Zu diesem Zwecke beseitigte sie zunächst den bisherigen langjährigen Regierungspräsidenten Dr. Meyer-Rodenberg, einen gut bürgerlichen Mann, weil er den einen Fehler hat, daß er anerkennt und dafür eintritt, daß die Vereinigung der Provinz Lübeck mit dem Freistaat Lübeck im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse liegt und deshalb erfolgen sollte. An seine Stelle setzt man den Regierungsrat Wilms, der die Provinz gar nicht kennt, dafür aber die Garantie bietet, daß die Verschönerungsbestrebungen der oldenburgischen Regierung gefördert werden.

Die Bevölkerung hat gegen die Einsetzung von Dr. Wilms lebhaft protestiert, aber im Zeitalter des „Selbstbestimmungsrechts“ der Bevölkerung ist man in Oldenburg höhnisch über den Protest hinweggegangen, wie man auch ebenso den Vorschlag, die Einwohner der Provinz sollten selbst ihren Regierungspräsidenten wählen, in gleicher Weise abwies. Einen Kenner und Förderer der Interessen der

Provinz kann man hier als Regierungspräsidenten eben nicht gebrauchen.

Nun ging das Gerücht, die Arbeiter wollten zur Selbsthilfe greifen und Herrn Wilms durch Zwang von seinem Amte fernhalten. Sofort setzte man sich von Oldenburg aus mit den militärischen Stellen in Schwerin in Verbindung, denunzierte die Sozialdemokraten der Provinz fälschlich als fürchterliche Spartakisten und verlangte, daß man gegen sie mit bewaffneter Macht einschreiten sollte. Besonders stark haben auch die Deutsch-Nationalen der Provinz Lübeck, denen der Kampf gewaltig geschwollen ist, seitdem sie bei den Landesausschüssen infolge der Agitation der U. S. P. einige Stimmen gewonnen haben, gegen die Sozialdemokraten geheißt. Sie haben an das oldenburgische Staatsministerium folgende Resolution gesandt:

Eine zahlreich besuchte Versammlung des Kreisvereins der Deutschnationalen Volkspartei der Provinz Lübeck legt energig die Verwahrung ein gegen die Vergewaltigung seitens des Arbeiterrats und der sozialdemokratischen Partei, die sich darin zeigt, daß sie erstens androhen, den Amtsantritt des vom Ministerium neu ernannten Präsidenten zu verhindern, und zweitens beabsichtigt, das Verbleiben des bisherigen Präsidenten zu erzwingen. Wir bitten das Ministerium nachdrücklich, dafür zu sorgen, daß die verfassungsmäßig festgelegten Rechte der Bevölkerung gewahrt und daß der Arbeiterrat seines angemessenen Postens endlich enthoben wird, damit Ruhe und Ordnung im Fürstentum wiederhergestellt werden. Der Vorstand. J. A. Harbers.

Gehorsam sprang die Regierung über diesen ihr von den deutschnationalen Kriegsbehörden vorgehaltenen Stock und machte Maschinengewehre gegen die Sozialdemokratie mobil. Mit blauen Bohnen gedachte sie das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner der Provinz auszutreiben. Die Kenntnis von dieser Absicht hat begrifflicher Weise bei den Arbeitern, die nicht verschächert werden wollen, höchste Erbitterung erregt. Auf diese Weise leistet die oldenburgische Regierung allerdings den Spartakisten, die bisher in der Provinz keinen nennenswerten Anhang hatten, Zutreiberdienste.

Noch ein paar Worte zu der deutschnationalen Resolution. Darin wird gefordert, den Arbeiterrat seines Postens zu entheben, um endlich Ruhe und Ordnung im Fürstentum wiederherzustellen. Wir können es verstehen, daß der Arbeiterrat, der den Bucherern und Volksausbeutern energisch zu Leibe gegangen ist, den Begünstigern der letzteren ein Dorn im Auge ist, den sie möglichst bald zu beseitigen bestrebt sind. Eine niederrichtige Lüge ist es jedoch, wenn so getan wird, als sei durch ihn die Ruhe und Ordnung gestört worden. Das gerade Gegenteil ist der Fall. So ruhig wie in der Provinz Lübeck ist die Revolution wohl nirgends in deutschen Landen verlaufen, und dafür ist dem Arbeiterrat und der Sozialdemokratie in allererster Linie zu danken. Aber jene Leute, die früher allein zu kommandieren hatten und die Arbeiterschaft milderer Rechte machten, reden jetzt nur von einer Vergewaltigung des Arbeiterrats usw., um sich wieder in den Sattel setzen zu können. Sie haben die Hoffnung auf die Wiederherstellung früherer Zustände noch nicht aufgegeben und sind dafür tätig nach dem Grundsatz: der Zweck heiligt jedes Mittel.

Selbstverständlich werden die Arbeiter sich ihre erkämpften Rechte und Einrichtungen nicht widerstandslos nehmen lassen. Sie werden schon Mittel und Wege zu finden wissen, um sich das Selbstbestimmungsrecht, auf das die Deutsch-Nationalen allerdings immer gepfeifen haben, zu wahren. Es handelt sich bei der ganzen Aktion nicht um eine Vergewaltigung durch den Arbeiterrat und die Sozialdemokratische Partei, sondern um eine Vergewaltigung der Arbeiterschaft. Das beschämendste für uns ist, daß in der oldenburgischen Regierung, die sich dazu hergibt, auch Sozialdemokraten sitzen. Für unsere Genossen heißt es,

kaltes Blut zu bewahren und den Ansturm der Deutsch-Nationalen durch geschickte Gegenangriffe abzuwehren.

Die Technische Nothilfe.

Was ist und was will die Technische Nothilfe? Von „unabhängiger“ und kommunistischer Seite wird seit einiger Zeit eine wüste Agitation gegen diese neue Einrichtung getrieben. Man stellt die Technische Nothilfe hin als „Streikbrecherorganisation“, als „Werkzeug des Unternehmertums“, als ein „Kampfmittel des Kapitals“ gegen die organisierte Arbeiterschaft.

Nichts davon ist richtig. Die Technische Nothilfe dient weder dem Kapital, noch richtet sie sich gegen das Koalitionsrecht und Streikrecht der Arbeiter. Sie dient lediglich den Zwecken der Allgemeinheit und namentlich auch der Arbeiterschaft, um diese gegen die wüsten und volksgefährdenden Mißbräuche des Streikrechts zu schützen, zu denen sich unaufgeklärte Teile der Arbeiterschaft von gewissenlosen Hezern verleiten lassen.

Jedes Recht, auch das Recht der Arbeiterschaft, hat seine Schranke in den Existenzbedingungen der Allgemeinheit und in dem Rechte der Einzelnen auf Leben und Dasein. Diese Schranke wird leider von „unabhängigen“ und kommunistischer nicht anerkannt. Wenn bei den Berliner Verkehrsstreiks kommunistische Heber in Streikversammlungen erklärten, daß es nicht schade, wenn durch die Abschneidung der Milchtransporte ein paar Hundert Säuglinge zugrunde gingen, wenn bei Elektrizitätsstreiks Werkzeugen, während sie Operationen auf Leben und Tod vornahmen, plötzlich das Licht erlosch, wenn der „unabhängige“ Abgeordnete Ziegler die Waldenburger Bergarbeiter aussetzte, die Kohlen für den Winterbedarf der ärmsten Breslauer Bevölkerung nicht zu fördern, wenn bei den großen Streiks im rheinisch-westfälischen Industriegebiet infolge Einstellung der Kohlandsarbeiten unter dem Druck des unerträglichsten Terzors der Kommunisten Schächte erloschen und Hochöfen zu Bruch gingen, dann liegen antisoziale Auswüchse des Streikrechts vor, gegen die sich die Allgemeinheit schützen muß.

Diesem Schutze dient die Technische Nothilfe. Sie will lediglich direkte Gefahren für Leib und Leben der Bevölkerung abwenden und die Zerstörung unerlässlicher Produktionsmittel verhindern; darüber hinaus leistet sie keinerlei produktive Arbeit für das Unternehmertum, sie vermehrt nicht Jins oder Profit. Die Leute, die jetzt ihre Kraftloshäuser über die Technische Nothilfe vergraben, haben es selber in der Hand, die ganze Einrichtung überflüssig zu machen, wenn sie endlich mit jenen gewissenlosen Streikauswüchsen, die nur eine Folge ihrer Hege sind, Schluss machen. Das läge auch durchaus im Interesse der Arbeiterschaft, deren Sache durch Vorkommnisse wie die oben geschilderten nur bloße gestellt wird. Jede Menschengefährdung durch Stilllegung lebenswichtiger Betriebe erzeugt naturnotwendig Haß und Mißstimmung in der Bevölkerung gegen das Streiken überhaupt. Der hierdurch verursachte Schaden wiegt zehnmal schwerer als der etwaige materielle Gewinn durch den Streik. Indem die Technische Nothilfe diesen Schaden abwendet, handelt sie ebenso im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft, wie wenn sie Produktionsmittel erhält, deren Zerstörung für die an ihnen beschäftigten Arbeiter lange Brotlosigkeit bedeuten würde.

Die Abstimmung in den bedrohten Grenzmarken.

Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung lassen folgenden Aufruf:

Deutsche Brüder und Schwestern aus den bedrohten Grenzmarken! Der furchtbare Friedensvertrag von Versailles ist euch bekannt. Unerträgliches legt er uns auf. Das Unenträglichste aber von allem ist, daß weite Gebiete deutschen Bodens und Millionen deutscher Volksgenossen ohne Befragen vom gemeinsamen

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeles.

11. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Die Musik spielte einen rauschenden Galopp, und als jetzt der Vorhang sich teilte, strömte die ganze Menge in buntem Zug, voran die Musik mit dem Dogen, auf einer breiten Seitentreppe in den Saal. Während die Zuschauer wie eine Woge zurückwichen, war der ganze Raum im Nu von freilebenden Paaren gefüllt, daß alles sich wie in einem Wirbel drehte. Ein Teil der Menge strömte nach den Nebenplätzen. Die Leute drängten an Horstmann vorbei, der sich gegen eine Säule gelehnt hatte. Sein Anzug von blauem Sammt, freilebend in neuem Glanz, wirkte wie ein greller Mittelpunkt in dieser feinschwebenden Farbensymphonie. Und er selbst mit seiner plumpen massigen Gestalt, den verarbeiteten Nebenplätzen von so finsternem Ausdruck, paßte seltsam zu all der Fröhlichkeit, der Eleganz, die ihn umwogte.

Eine kleine blonde Dame schlug ihn lächelnd mit ihrem Fächer auf den Arm: „Alter Brummbar! Zwei junge Mademiker, der eine ein venetianischer Moler a la Veronese, der andere ein deutscher Landsknecht, starrten ihn mit unverhohlener Entrüstung an. Der Landsknecht flüsterte seinem Freunde zu: „Ist das ein Klammern!“ womit man in Düsseldorf zugleich Unrechtes und Geschmackloses bezeichnet. Der Venetianer, aufmerksam gemacht, betrachtete Horstmann und meinte spöttisch: „Der hätte seinen Sammt acht Tage in den Rauchfang hängen sollen, er stinkt ja nach dem Schneider!“

Flüster vor sich hinbrütend, ebenso abgestoßen von dem lauten Trübel, wie er abstoßend wirkte, stand Horstmann und suchte vergebens Anna zu entdecken. Da kam Bert auf ihn zu, der schon einen leichten Rausch hatte.

„Himmel, Miß, Ingenieur! Naechto! Wo stehen Sie? Und in was für einem ungläublichen Kostüm stehen Sie? Herr des Himmels! Wer hat Ihnen das gemacht?“

Horstmann nannte den Namen des Schneiders. Holleder schlug die Hände zusammen, und wie ein Sachverständiger den Stoff betrachtend, meinte er:

„Schmerz englischer Sammt. Aber die Farbe! Die Farbe! So was überläßt man doch nicht seinem Schneider. Na, kommen Sie!“

Er hing sich in seinem Arm und führte ihn in einen Nebenraum, wo ein weißer Frau Regierungsrat ganz allein an einem Tisch saß. Dann machte er sich schnell wieder davon.

Zwischen Anna und ihrer Mutter hatte es eine furchtbare Szene gegeben. Wohl zehnmal hatte die Tochter ihr vorgezeigt, daß sie sich noch an diesem Abend mit dem reichen Ingenieur verloben würde. Frau

Dübbach hatte immer die Antwort gehabt: „Zu spät! Morgen kommt der Gerichtsvollzieher, und alles ist aus...“ Aber schließlich, als sie sah, daß Anna das Fest ohne sie besuchen würde, hatte sie nachgegeben. Vom Bett aus, wo sie sich gemäß von Angstorkellungen wie im Fieber umgewälzt hatte, war sie in den schwarzeidenen, nach Kampfer riechenden Domino getroffen. Sie setzte nicht die geringste Hoffnung auf diese Verlobung. Ihr schien das Unglück unabwendbar. Den ganzen Abend über machte sie Höllenqualen durch. Sie sprang zusammen vor jedem Eintretenden und studierte ganze seine Miene, als wenn er ihr die drohende Schwand, vom Gesicht ablesen könnte. In ihren dunklen, ruhelos wandernden Augen lag ein brennender Glanz; hin und wieder fuhr sie sich mit dem Taschentuch über die Stirne und wuschle den kalten Schweiß ab. Als Horstmann ihr guten Abend wünschte, setzte sie ihr kampfhaft grinsendes Rädeln auf und reichte ihm die trockene, heiße Hand.

„Anna wird gleich kommen,“ sagte sie hastig. „Ich habe mich hier hingelegt. Es ist mir gar nicht recht, daß wir dieses Fest, mitmachen. Aber ich würde ja förmlich gezwungen. Wie haben Sie die letzten Tage verbracht, Herr Ingenieur?“

Aber bevor er noch antworten konnte, war sie plötzlich zusammengefahren.

„Allmächtiger Gott!“ flüsterte sie und grüßte dann, mit einem Rädeln in übermenschlicher Anstrengung die Lippen verzerrend, daß der Rauschtrank des Gefäßes sichtbar wurde. Landgerichtsrat Bartels und Frau waren in den Saal getreten, denen sie dreihundert Marktschuldete.

„Ja, ja!“ fuhr sie wie im Fieber schwahelnd fort: „Recht schlechtes Wetter die letzten Tage! Ich habe etwas im Bett gelegen, mit war nicht wohl. Aber wie gefällt Ihnen das Fest, Herr Horstmann?“

„Ich bin erst seit kurzem hier.“

„Sol Sol!“ fuhr sie seit drei Stunden hier, ohne daß jemand sich um mich kümmert. Aber waren die lebenden Bilder nicht wundervoll? Und wie gefiel Ihnen meine Tochter?“

„Sie sah sehr gut aus!“

Mehr vermochte er in seiner dumpfen Erregung, mit der er Anna erwartete, nicht herauszubringen. Die Alte hatte ihn mit ihren Augen in atternder Erwartung umtreibt, jetzt ließ sie enttäuscht den Kopf sinken.

„Ja, ja! Gut aussehen tut sie immer. Aber ich fürchte, das Kind wird verwöhnt. Meine Nacht war es nicht, daß wir dieses Fest besuchen.“

Sie holte schwer Atem und benetzte die Lippen mit etwas Wein.

„Man hat mancherlei Sorgen. Das Leben wird immer schwieriger, gerade für uns, die sich doch nichts vergeben dürfen. Aber Gott sei Dank, ist Anna häuslich erzogen, sie wird jeder Lage

gewachsen sein, wenn der Ernst des Lebens an sie herantritt. Es gibt so viel Unglück, verschuldetes und unverschuldetes, das ist oft schwer zu unterscheiden. Man solle keinen Stein werfen. Wer kann wissen, wie alles geschieht! Ja, ja!“

Sie fuhr zusammen, als wenn ihr plötzlich bewußt würde, daß sie ihr Inneres ausschwahte. Nachdem sie wieder etwas Wein getrunken hatte, sah sie läuernd ihren Nachbar an, der brütend in die bunte Menge hinausstarrte.

„Was habe ich eben gesagt? Das waren nur allgemeine Betrachtungen. Ja, ja! Woher diese Leute nur ihre Lustigkeit nehmen? Düsseldorf ist eine leichtsinnige Stadt. Die Maler mein Mann konnte sich in ihren Ton gar nicht finden. Aber später gewöhnte er sich daran, und machte das lustige Leben mit. So kommt man dazu.“

Sie schwachte, ohne daß Horstmann auf sie hörte. Im Klang des dumpfe Schurren der Füße und die helle Musik in die Ohren, und das ewige Kreisen der bunten Paare verwirrte seine Augen. Da traten Hauptmann von Dehwitz und seine Frau an den Tisch. Dehwitz, der seit seinem Abgang vom Militär Weinreisender für eine Düsseldorfser Firma war, schüttelte dem Ingenieur in seinem wohlwollenden Herablassung die Hand.

„Habe schon die Ehre gehabt, im Malkasten, selbstverständlich.“ Dann stellte er ihn seiner Frau vor, die hager und scharf, eine gewisse Ähnlichkeit mit der Mutter hatte, nur daß sie einen Kopf größer als diese war. Alice begrüßte Horstmann mit largem Rädeln, indem sie ihn zugleich sozuzulagen auf eine schadhafte Stelle hin lenkte. Der Hauptmann klopfte seiner Schwiegermutter auf die Schulter:

„Na Mamaschen, da hast das bessere Teil erwählt. Ist denn der Wein auch nicht abgestanden?“

Er goß sich sogleich ein Glas voll und stieß mit Horstmann an.

„Es lebe die Kunst! Ja, die Künstler. Brauchen nicht ins Mandover, werden nicht abgemiert, ein großartiges Leben führen sie.“

Dann trank er in kurzen Schlucken das Glas leer, indem er mit jedem Schluck erst ein wenig gurgelte.

„Wo mag nur Anna stehen?“ sagte Frau von Dehwitz mürrisch. „Nebstens hast du das Kostüm von Frau Lüders gesehen?“

„Nein!“ sagte die Mutter bei dem Namen zusammenfahrend. Sie war der Frau des bekannten Porzämalers hundert Marktschuldig, diese hatte schon zweimal deswegen geschrieben. „Was hatte sie denn an?“

„Man sollte lieber fragen, was sie nicht an hatte. Es was geradezu skandalös.“

Fortsetzung folgt.

Waterland losgerissen werden. Sie müssen uns ergeben. Eine andere Folge der Friedensbedingungen aber gibt es, die noch abzuwehren in unserer Macht steht. Ober Ostpreußen, über Ost- und Westpreußische Kreise, über Nord- und Schleswig und die rheinischen Kreise Eupen und Malmedy soll die Bevölkerung mittels Abstammung entscheiden, ob sie beim deutschen Reich bleiben oder mit einem fremden Staat vereinigt werden will. Freilich sind die Vorschriften über die Art der Abstammung mit Vorbedacht für uns so ungünstig wie möglich von denen erlassen, die den Frieden diktierten. Dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß die gesamten Abstammungsgebiete dem deutschen Volk erhalten bleiben müssen, wenn jeder von euch Abstammungsberechtigten am Tage der Abstammung seine Pflicht tut. Dies gilt nicht nur für die jetzigen Bewohner dieser Landesteile, es gilt nicht minder für alle diejenigen, die zwar in einem der Abstammungsgebiete geboren sind, aber jetzt an anderen Orten wohnen und das 20. Lebensjahr vollendet haben. Gerade die Zahl der Letzteren ist übergroß. Von ihnen vor allen hängt es ab, jezt der Heimat, wo sie geboren und die meist auch ihre Jugend behütet hat, sich dankbar zu erweisen. Euch allen rufen wir heute zu:

Erhaltet sie deutsch!

Ganz Deutschland erwartet, daß ihr alle am Tage der Abstammung an eurem Geburtsort seid und dort Seite an Seite mit der ansässigen Bevölkerung von eurem Deutschtum Zeugnis ablegt. Ihr Anfassigen aber gedenkt aller Mühen eurer Väter und Vorfäter im Dienst deutscher Wohlfahrt und Sitte. Denkt des Schwefes, mit dem sie den Boden, der euch ernährt, erst urbar machten. Ihr alle, die Anfassigen wie die Fortgezogenen, Männer wie Frauen, steht, bedenkt es wohl, vor einer folgenschweren Entscheidung. Bleibt euer Heimatland, dank eurer Treue, deutsch, so bleibt auch euren Kindern der Segen deutscher Art erhalten. Wird es aber fremdländisch, so sind eure Kinder in Gefahr, im fremden Volkstum unterzugehen. Bleibt das Land deutsch, so kann es keine Kraft leihen zum Wiederaufbau des ganzen deutschen Vaterlandes und der ihm seines Wiederaufbaus wird zweifach euer Ruhm. Fällt es aber dem Fremdling anheim, so wird eure Zukunft nicht nur fremder Wirtschaft zur Stütze gereichen. Rettet ihr euer Land dem Teutischum durch eure Standhaftigkeit — denn mit Versprechungen und Lockungen sucht man euch zu umgarnen — so wird euer Vorbild die Millionen Deutschen, die in den abzutretenden Gebieten wohnen, und denen das Recht der Volksabstimmung verweigert ist, in ihrem nationalen Empfinden festhalten. Auch sie werden um so jähler an ihrem Deutschtum festhalten. Rettet ihr durch Erfüllung eurer Pflicht als Deutsche dem Vaterland, was ihm heute noch gerettet werden kann, so wird das den Schwächmütigen, die heute am Deutschtum verzweifeln, eine Mahnung zur Ein- und Umkehr sein. Selbst weit hinaus ins Ausland werdet ihr dadurch die Ehre des deutschen Namens tragen.

Mitbürger und Mitbürgerinnen! In eure Hand ist es nun gegeben, eine Tat zu vollbringen, die einst die Geschichte an die Seite stellen wird den großen Taten unserer Vergangenheit. Ungedächte eurer Brüder und Söhne haben ihr Blut und Leben dahingegeben, um die Heimat unversehrt zu erhalten. Damit es ihnen durch die Erfüllung eurer vaterländischen Pflicht in der großen Stunde der Entscheidung, steht fest zu eurem Lande, seid treu eurem Volke, haltet unverfehrt unsere geliebte Heimat!

Reichstänzer Bauer.

Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung.

Die Fortbildung unserer Jugend.

In der Ortsgruppe Lübeck des deutschen Bundes für Erziehung und Unterricht sprach vorige Woche Architekt Grünberger über die gewerbliche Fortbildungsschule für die männliche Jugend. Zu dem Vortrage waren Angehörige der Industrie, des Handwerks und der Lehrerschaft der Gewerbeschule erschienen. Der Referent, Herr Architekt Grünberger, Fachlehrer der Gewerbe- und Baugewerkschule, gab in eingehenden Ausführungen zunächst einen Überblick über die Entwicklung des gewerblichen Schulwesens und der gewerblichen Fortbildungsschule und wies nach, daß diese als gewerbliche Berufs- und Fachschule, die Bezeichnung „Gewerbeschule“ verdienen. Ihre Aufgabe bestünde darin, in der gewerblichen Jugend die Arbeitsidee zu wecken und in die Erkenntnis des Wesens der Berufsarbeit hinführen zu leiten, damit der Lehrling zu einem mit Ueberlegung arbeitenden Menschen erzogen werde. Der Unterricht ist den beruflichen Verhältnissen und den Bedürfnissen des Gewerbes und der Industrie anzupassen, denn er bildet einen Teil der Vorkenntnisse für die Lehrenten sich die Pflicht ergebe, den Lehrlingen die Teilnahme am Unterricht, wenn nötig durch ein Opfer an Zeit, zu ermöglichen. An der Hand eines Stoffverteilungsplanes wurde nachgewiesen, das die Gewerbeschule zur Erfüllung ihrer Aufgabe 3 Wochenstunden nötig habe, die entweder an einem Tage zu erteilen seien oder auf zwei Halbtage verteilt werden könnten. Gegen das erstere beständen zwar pädagogische Bedenken, die Wünsche der Lehrherren seien hierfür jedoch ausschlaggebend. Der Unterricht ist in einem sachlichen, geschäftsständigen, bürgerlich-humanen und lebensdienlichen Teil zu gliedern. Zur Unterstützung des ersteren wurde Werkstattunterricht als eine unerlässliche Forderung aufgestellt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Frage der Lehrverhältnisse behandelt und die Einrichtung als ungewöhnlich abgelehnt. Für das Ansehen der Gewerbeschule und ihre geistliche Entwicklung ist es nötig, ihr ein eigenes Schulgebäude zuzuwenden und sie vor allem aus der Verbindung mit anderen Lehranstalten zu lösen, ihr einen eigenen Direktor und einen Lehrkörper zu geben, in dem der beruflich vorgebildete Fachmann vorherrschend vertreten sei. Neuzugänge der Lehrlinge seien in hinreichendem Umfange nötig. Die Klassenbesetzungsziffer betrage 25 Schüler. Parallellassen sind nach dem Prinzip der Qualitätsklassen einzurichten. Für Schüler mit weiterreichender allgemeiner Vorbildung und für die begabtesten und Förderfähigen mit zweijähriger Unterrichtsdauer zu schaffen, die zweijährig einer an die Gewerbeschule angegliederten Handwerkerlehre zugewiesen werden. Die Handwerkerlehre, an der auch langjährigere Klassen vorzugehen sind, dient der Fortbildung der Gehilfen. Als letzte Ausbildungsmaßnahme sind an derselben Anstalt Meisterlehre einzurichten, sobald eine dreijährig gezielte Lehranstalt geschaffen wird, an der der Handwerker vom Eintritt in die Lehre bis zur Meisterprüfung, die für den späteren Zugang zu erforderlichen theoretischen Kenntnissen erwerben kann. Daneben soll durch gezielte Ueberwachung, auch der gewerblichen Schüler, und durch eine gezielte Körperpflege die leibliche Erziehung der gewerblichen Jugend nicht vernachlässigt werden. Besonders soll durch einen Moralunterricht der sittlichen Gefährdung, der in der Zeit der Geschäftsreise stehenden Schüler vorbeugt werden. Zur richtigen Verknüpfung des Unterrichts innerhalb der einzelnen Gewerbe sind an der Gewerbeschule Fachgruppen für alle größeren Gewerbe zu bilden und einem Fachlehrer als Vorstand zu unterstellen. Unbedingt nötig ist auch die Heranziehung tüchtiger Meister zum Unterrichtsbesitz. Zu vermehren ist die Uebertragung eines Teiles des Unterrichts an Lehrkräfte anderer Anstalten, aber die an ihrer Anstalt erteilte Pflichtübungszahl hinaus. Diese haben sich zu entscheiden, an welcher Anstalt sie zu unterrichten wünschen und haben vor ihrem Uebertritt an die Gewerbeschule sich einer Ausbildung in einem oder mehreren selbst gewählten Fächern zu unterziehen, die in einem praktischen und einem theoretischen Teile zerfällt. Der Letztere kann durch Hospitieren im Unterricht eines Fachlehrers erledigt werden. Der Weiterbildung der Gewerbelehrer ist größere Beachtung als bisher zu schenken. Für die Zeit nach dem Kriege können zunächst Räume der Volkshäuser zur Verfügung gestellt werden, da die Volkshäuser infolge des durch den Krieg eingetretenen Gebartenrückganges eine Entlastung erleiden wird, die ihren tiefsten Stand im Jahre 1920 erleidet. Die Errichtung eigener Schulgebäude für die Gewerbeschule ist aber mit dem Umfange des wirtschaftlichen Lebens auch weiterhin energisch zu betreiben. An der Vorkriegszeit soll eine lebhaftes Ausmaß an, an der sich hauptsächlich Anstalten

des Gewerbes und der Industrie beteiligten. Mit Bezug auf die hiesige Gewerbeschule wurde festgestellt, daß sie den an sie zu stellenden Bedingungen durchaus nicht entspreche und daß ihre Ausgestaltung nach den vorgetragenen Gesichtspunkten mit allen Mitteln zu erstreben sei. Der Ortsgruppe Lübeck des Deutschen Bundes für Erziehung und Unterricht, deren Vorsitzender Herr Direktor Dr. Schwarz zu Anfang der Versammlung die Ziele der Ortsgruppe darlegte, wurde der Dank der Versammlung für die Abhaltung auch dieses Abends ausgesprochen. Der nächste Abend findet Anfang November statt und wird zwei Vorträge bringen: Die lausnännische Fortbildungsschule und die mittlere Fachschule.

Die Brüder im Waffenrock.

Von einem Soldaten der Reichswehr wird der „Dresdener Volkszeitung“ geschrieben:

Sehr geehrte Redaktion!

Ich bin Parteigenosse und Soldat, weil Sie in Ihrer Zeitung so oft Partei ergreifen haben, mitzuhelfen, das Vaterland in dieser schweren Zeit zu schützen. Die Gründe, die Sie und die andern untern Parteiführer immer geltend gemacht haben, leuchteten mir ein, und weil zu gleicher Zeit die unabhängigen Blätter, die man mir in der Frühjahrspause in der Fabrik gab, das Gegenteil schrieben, dachte ich, es wenigstens mal versuchen zu sollen. Ich sagte mir: „Immer noch besser, von innen aus mitwirken, als von außen bloß schimpfen.“

Seit einigen Monaten tue ich nun Dienst. Ich bewache öffentliche Gebäude, Proviantämter und Magazine, ich stehe Posten, wenn Lebensmittel ausgeladen werden, damit nicht einige Wenige nehmen, was uns allen gehört. Ich mache nachts Patrouillen, ich helfe die Ernte sichern, die doch nicht einigen Spitzbuben, sondern der Allgemeinheit gehört. Ich schütze die Bahnhöfen vor Attentaten Irregaleiter, ich bewache das Ausladen der Bahngüter — kurz, wir Soldaten helfen, wo wir können, um das Wirtschaftsleben zu sichern, helfen also auch, Arbeitern, daß ihr in Ruhe arbeiten könnt.

Und doch wird gegen uns unerhört gehetzt! Die unabhängigen Blätter beschimpfen uns, und ihre Leser beleidigen uns, wo sie nur können. Beleidigen uns auf der Straße, in den Lokalen, auf Tanzplätzen — sie beleidigen sogar unsere Frauen und Bräute, und andere sehen tatenlos zu, ohne uns zu schützen. Ich wende mich deshalb an unsere Arbeiterpresse mit der Bitte, doch mal ein Wort gegen die täglichen Scherereien der Unabhängigen zu sagen. Sind es nicht untrer aller Interessen, die ich als sozialistischer und republikanischer Soldat vertrete? Ist der Arbeiterklasse etwa damit gebietet, wenn alle Arbeiter und sozialistischen Soldaten aus der Reichswehr austreten? Wenn die Nichtsozialisten unter sich bleiben und schalten und walten können, wie sie wollen?

Wir verdienen es nicht, schuldig dem Hegertum der Unabhängigen ausgeliefert zu sein. Wir haben in Deutschlands schwerster Zeit der Allgemeinheit ein Opfer gebracht, indem wir die Finesse auf neue auf den Boden nahmen und die „Butterstunde“ wieder mit dem Stahlhelm vertauschten. — Wir haben ein Anrecht auf die Achtung unserer Mitbürger und bitten die sozialdemokratischen Arbeiter, aufrecht für uns einzustehen, wie wir jederzeit für die Allgemeinheit einstehen.

Mit parteigenössischen Grüßen
Untersoffizier R. K., Dresden.

Diesem Briefe ist nur wenig hinzuzufügen. Sicher befinden sich, wie in jeder menschlichen Gemeinschaft, auch unter den Soldaten der Reichswehr dieser und jener, auf den auch der Schreiber dieses Briefes nicht stolz sein wird. Aber die Dinge werden nicht besser, wenn man wegen einzelner räudiger Schafe die gesamte Reichswehr ächtet, die selbst danach trachtet, unsaubere Elemente auszuschleiden. Das, was sie sein sollen und wollen, können die Soldaten der Reichswehr nur werden, wenn ihnen die vernünftig denkenden Arbeiter durch moralische Unterstützung helfen, es zu werden und zu bleiben: Brüder im Waffenrock.

Die Kommunisten auf dem Wege zum Anarchismus.

In der letzten Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte hat, wie von uns bereits gemeldet, die seit langem bestehende Differenz zwischen Unabhängigen und Kommunisten ihren Auszug durch vollständige Spaltung gefunden. Während die „Unabhängigen“ sich für die Gewerkschaften einsetzen und diese nur in ihrem Sinne reformiert wissen wollten, stellten sich die Kommunisten auf den Standpunkt, daß der Aufbau der Arbeiterorganisation nicht im Anschluß an die Gewerkschaften, sondern im Anschluß an die Einzelbetriebe geschehen müsse. Dieses Ereignis ist von besonderer Bedeutung für die zunehmende Wirtschaftheit anarcho-individualistischer Tendenzen auf dem Links-Flügel der radikalen Partei.

Die Dezentralisation, für die sich die deutschen Kommunisten einsetzen, entspricht einem Standpunkt, der in Rußland von den Bolschewisten längst überwunden ist. Ausdrück hat dies in Rußland dadurch gefunden, daß nach Trozkis Wort der überflüssigen Kameradschaftlichkeit der Betriebsräte durch die Beteiligung bolschewistischer Staatskommissare an diesen Betriebsräten ein Damm gesetzt worden ist. Es ist daher auch sehr interessant, wenn Däumig bei der Vollversammlung der Arbeiterräte Kadel gillert, der sich gegen jede Dezentralisation ausspricht.

Däumigs Zitat bezieht sich, was bisher unbekannt ist, auf einen Brief Kadel's an die Führer der Berliner Kommunisten. In diesem Brief legt Kadel die tatsächlichen Notwendigkeiten für die Arbeiterbewegung auseinander. Da er zu den Bolschewisten gehört, die durch die Not der Tarifachen gezwungen wurden, wenigstens etwas Vernunft anzunehmen, ist er den deutschen Kommunisten peinlich, und man versucht, ihn dadurch zu verleugnen, daß man erklärt, „Kadel verhehe nichts von Deutschland“.

Es ist interessant, wie sich die deutschen Kommunisten, die Wortführer der Revolution, plötzlich auf ihre deutschen nationalen Eigenschaften besinnen, wenn es gilt, den Forderungen eines ausländischen, aber tüchtigen Parteifreundes sich zu widersetzen.

Die Spaltung der Berliner Kommunisten und „Unabhängigen“ ist nur das Vorbild zu einer eben solchen Spaltung im ganzen Reich. Für die Entwidlung der Arbeiterbewegung in Deutschland bedeutet dies eine Schwächung der radikalen, unter sich rivalisierenden Gruppen. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß die kommunistische Politik eine bedenkliche Neigung zu der anarcho-individualistischen Praxis hat, die in ihrer lausnännischen Zerstückelung allseitig die „Propaganda der Tat“ anwendet. Die deutschen Kommunisten sind auf dem besten Wege, sich zu Anarchisten zu entwickeln, die in Rußland sogar von der bolschewistischen Regierung erzwungenermaßen bekämpft und niedergeboren worden sind.

„Unabhängige“ Führer gestalten.

Bei der Ausrüstung der Holzarbeiter in Brandenburg a. d. Havel, die wegen der Forderung des Wirtschafungsrechtes erfolgte, taten sich die beiden Kleinunternehmer Wille und Leubertz dadurch besonders hervor, daß sie bei einer Firma, die nicht ausrüsten wollte, Ausrüstungsposten fanden. Diese beiden Herren hatten bei den letzten Stadterordnetenwahlen für die U. E. P. kandidiert und sich für das Räteystem be-

wehnlische Heiden, als Führer hat nach unserem Brandenburger Parteiblatt die U. E. P. in Nachbarreise Brenzlau-Angermünde. Der Parteiführer ist dort mit der ganzen Kreisstaffel durchgezogen. Der Kreisvorsitzende ist der Malermeister Steinweg-Brenzlau. Zu Beginn des Krieges war er Imperialist und Anexionist, natürlich Heimkriegler und Vertreter der miefelgernden Hausbesitzer. Im Sommer 1917 wurde er freimüßig-fortschrittlicher Anhänger des Verbandsjahres und noch im September 1918 vorankatete er ein Brenzlauer Heimatfest zur Belebung der Siegesstimmung, wobei er die Haupteinnahme in seine Taschen stieß. Zur Nationalversammlung kandidierte er für die Demokraten, im Frühjahr gab er eine kurze Gastrolle bei der S. P. D., und da er dort nicht auf seine Rechnung kam, ging er im Mai, zur U. E. P. und macht seitdem gelegentlich in Volkswissenschaften und immer in klammer Hecke gegen die „kompromittierten Führer“. Im übrigen verläuft er jetzt rote Netzen und rote Fäden und soll dabei auch verdienen groß schreiben. Arbeiter, seht Euch Eure Führer an! — ätzeren die Unabhängigen gern und nicht ohne Grund.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Schach dem — U. E. P.

Zum Bundestag des Arbeiter-Schachbundes haben die radikalen Berliner Schachbänder einen Antrag eingereicht, wonach nur solche Mittalbeiter Funktionäre im Arbeiter-Schachbund sein können, die Mittalbeiter der U. E. P. oder R. P. sind. Offenbar wollen diese Unentwegten ein neues revolutionäres Schachspiel einführen, wo nicht mehr nach den Regeln der Kunst gespielt wird, sondern wo man sich um das Schachbrett prügelt, mit Säulen auf die Figuren einhaut, und wobei namentlich der König und die Königin kurz und klein geschlagen werden.

O. K. Das Dienstjahr für Leibesübungen. Der bekannte Chirurg Geh. Rat August Bier macht in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ einen bedeutsamen Vorschlag, den er auch in einer Eingabe an das preussische Kultusministerium näher begründet hat, er verlangt nämlich ein Pflichtjahr der Leibesübungen für alle jungen Männer, nachdem die frühere vorzügliche Körperkultur durch den Militärdienst fortgefallen ist. Mag nun auch dieser Plan in manchem zu weit gehen, so sind doch die einzelnen Vorschläge des hervorragenden Arztes für die Volksgesundheit von weittragender Bedeutung. Hier fordert, daß die Leibesübungen, wenigstens während des größten Teiles des Jahres, nach vorgenommen werden sollen; nur ein kleiner Lebensschutz und niedrige Sportschuhe dürfen getragen werden. Luft, Wind, Sonne und gelegentlich auch Regen härten nämlich den Körper wie kein anderes Mittel ab, und besonders die Sonne ist von legendärer Wirkung für den Körper, wie die Heilung der sogenannten „chirurgischen Tuberkulose“ durch Sonnenbestrahlung beweist. Sodann müßte das Pflichtjahr dazu benutzt werden, den Leibesübungen die Pflege der Reinlichkeit in Fleisch und Blut übergeben zu lassen. Dem Dienstjahr für Leibesübungen muß eine methodische Ausbildung der Schulkinder in körperlichen Leistungen vorausgehen. „Das Interesse für Leibesübungen“, sagt Bier, „muß geweckt werden durch regelmäßig wiederkehrende Wettkämpfe. Die Sieger sollen geehrt werden wie einst in Griechenland. Wer auf dem Gebiet der Leibesübungen Hervorragendes leistet, verdient Ehre und Ruhm. Denn selbst bei der unumgänglich nötigen Körperveranlagung bedarf es zur Erzielung der Höchstleistung immer eines großen Maßes von Fleiß und Energie, also hoher sittlicher Eigenschaften. Heutzutage liegen die Verhältnisse so, daß man in weiten Kreisen unsere hervorragendsten Kenner besser kennt, als unsere erfolgreichsten Läufer, Springer, Boxer, Schwimmer, Ruderer, Ballspieler. Der Berufsathlet soll, aus naheliegenden Gründen, wie im alten Griechenland, vom Wettbewerb am Siege ausgeschlossen sein.“ Werden die Leibesübungen, wie das bei der vorgeschlagenen Art und Weise selbstverständlich ist, Sache des ganzen Volkes, so dienen sie neben ihrer großen Bedeutung für dessen körperliche und sittliche Erhaltung, zur Ueberbrückung der sozialen Gegensätze. Hier kann es jeder, der dazu befähigt ist, zur Höchstleistung und zu Ruhm und Anerkennung bringen, mag er einem Stande angehören, welchem er will.“ Dazu ist aber vor allem die Schaffung eines hochstehenden Lehrstandes notwendig, und dies kann nur geschehen durch die Errichtung einer Hochschule für Leibesübungen. In anderen Ländern, besonders in Schweden, England und Amerika, haben die Leibesübungen vor allem an den Universitäten ihre Pflege gefunden. Von den Universitäten aus soll auch bei uns Lust und Liebe zu Leibesübungen sich ins ganze Volk verbreiten. In Gießen sind die Errichtung eines Instituts für Körperkultur, Vorlesungen über Leibesübungen und praktische Veranstaltungen in Aussicht genommen; in Frankfurt a. M. und München wird Ähnliches vorbereitet; in Leipzig, Königsberg und Aachen werden Turnen und Sport bereits praktisch und wissenschaftlich eifrig betrieben, und auch in Berlin werden Vorlesungen auf diesem Gebiet gehalten. Um aber das bisher noch sehr geringe Interesse der Studenten zu heben, müssen die Leibesübungen als besonderes Fach und als klinisches Fach in den Lehrplan der Universitäten aufgenommen werden. Für das weibliche Geschlecht kommen nach Bier nur leichte Leibesübungen in Betracht, wie Tanzen, Laufen, Schwimmen, Tennis usw. Auch bei ihm sind die Leibesübungen zu pflegen, nehmen aber nicht jenen ausschlaggebenden Platz ein, den Turnen und Sport für die Erziehung der männlichen Jugend haben.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wie versucht wird, die Not der Zeit auszunutzen, beleuchtet nachstehender Fall: Am Sonnabend, dem 11. d. Mts., wurde durch Fuhrwerk der Firma Roschl, Kohlenhandlung, verschiedenen Befehlern der Hüttenort-Vorkauf Grube zum Rechnungspreis von 6,75 Mk. inkl. Anfuhr geliefert. Auf Anfrage bei dem betreffenden Kutscher wurde mir von diesem geraten, falls ich auch noch etwas haben wollte, selbst nach dem Lagerplatz bei der Gasanstalt zu fahren. Hier erhielt ich auch Grube für den Lagerpreis von 6,15 Mk. Das war gegen Mittag. Nachmittags 3 Uhr war ich nochmals dort und erfuhr zu meiner größten Verwunderung, daß Grube mit einem Male auf 8,25 Mk. gestiegen sei. Der Hinweis auf den Vormittagspreis wurde mit der lausnännischen Antwort abgetan: „Da haben Sie aber Glück gehabt! Jetzt kostet die Grube eben 8,25 Mk.“ Um nicht den Weg vergeblich gemacht zu haben, blieb mir nichts anderes übrig, als für 2 Zentner auch diesen Phantastischen zu zahlen, trotzdem ich vom gleichen, verschiedenen Tons umfassenden Haufen erhielt. Von einer teurer erkundeten Realisierung kann hierbei also keine Rede sein, die mir auch ausgeht. 2,10 Mk. per Zentner = 42 Mk. per Tonne Preissteigerung in kaum 3 Stunden im selben Lager ging selbst den angestellten Arbeitern über die Hufschnur. Ich frage nun die zuständige Behörde, was sie gegen eine solche Preissteigerung, auf gut deutsch Käufer genannt, zu tun gedenkt. Wie lange sollen sich die Armen und Vermitteln, die sich ihr bishigen Feuerung aus Sparfahrsicht selbst heranschleppen, eine derartige Ausbeutung noch gefallen lassen?